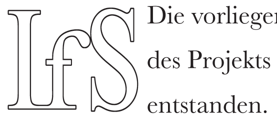
Institut für Staatspolitik

Wissenschaftliche Reihe – Heft 12

'68
Ursachen und Folgen



IfS



Die vorliegende Studie ist im Rahmen des Projekts »Institut für Staatspolitik (IfS)« entstanden.

Das IfS arbeitet seit Mai 2000 an der Zuspitzung politischer und metapolitischer Fragestellungen. Mittel dieser Arbeit sind Studien, eine eigene Zeitschrift – »Sezession«, Kollegs mit bis zu 400 Teilnehmern in Berlin sowie Akademien für Schüler und Studenten.

Das IfS arbeitet parteiunabhängig und lebt ausschließlich von der Unterstützung durch private Fördermittel.

Mehr Informationen finden Sie unter www.staatspolitik.de.

’68

Ursachen und Folgen

Wissenschaftliche Reihe – Heft 12
Arbeitsgruppe 2: Politische Kultur

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

Inhalt

Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Fax 034632 90942 · www.staatspolitik.de

ISBN 978-3-939869-12-2

»Jede Revolution ruft ihr *À la Bastille!*
Die Festung, die die Gegenrevolution der Neuen Konservativen schleifen will, heißt: 1968.«
Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts*, Berlin 1987

Einleitung

Die Lage ist unübersichtlich. Der *Spiegel* bringt eine Reportage über ein Veteranentreffen der APO und fordert halb ernsthaft, halb belustigt »Gnade für die Achtundsechziger«, die Konkurrenz vom *Stern* zeigt sich dagegen entschlossen, das Erbe der Revolte zu verteidigen. Hans-Magnus Enzensberger, weiland Herausgeber des linken Leitorgans *Kursbuch*, möchte eigentlich gar nicht dabei gewesen sein[1], während der Doyen des europäischen Marxismus, Eric Hobsbawm, den Mangel an revolutionärem Durchsetzungswillen bei den Akteuren kritisiert[2]. Das Haus Springer sucht den historischen Kompromiß mit den Protagonisten der Kampagne »Enteignet Springer!«, während der Chefredakteur von *Bild* sich an einer Generalabrechnung versucht, und die *Hör Zu*, die auch demselben Medienkonzern zugehört, Lobeshymnen auf die Verfilmung von Bölls Sympathisantenmärchen *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*[3] bringt. Das bürgerliche Feuilleton flicht Simone de Beauvoir Kränze aus Anlaß ihres 100. Geburtstags und eine CDU-Funktionärin schlägt vor, eine Bibliothek nach Alice Schwarzer zu benennen, um deren Beitrag zur Emanzipation der Frau zu würdigen. Zeitgleich taucht in der Debatte über Werteverfall und Bildungskatastrophe der Verdacht auf, an diesem Unheil sei das Wirken der Achtundsechziger schuld.

Man darf Unübersichtlichkeit nicht mit Differenzierung verwechseln. Faktisch fehlt jede Klärung der damaligen Vorgänge, die den Namen verdient. Eine »Historisierung« ist bisher nur ansatzweise in Gang gekommen.[4] Das hängt damit zusammen, daß der Einfluß ehemaliger Protagonisten oder Sympathisanten im akademischen sowie im Bereich der Medien groß ist und eine echte Aufarbeitung mit erheblichen Widerständen zu rechnen hätte. Weiter spielt eine Rolle, daß die ehemaligen Gegner fast völlig verstummt sind. Das hat zum einen natürliche Ursachen, da diese Gegner meistens der Vorgängergeneration angehörten. Es geht aber auch um eine generelle Verschiebung des politischen Spektrums nach links, die eine sachgerechte Beurteilung erschwert.

Aus den genannten Gründen sind Kontroversen, wie sie bis zum Beginn der achtziger Jahre ausgetragen wurden, heute kaum noch vorstellbar. Damals fürchtete die linke Intelligenz, daß es mit ihrer Dominanz schon wieder »vorbei«[5] sei,

und es gab umgekehrt die bürgerliche Auffassung, daß »'68« einen unheilvollen Bruch der Nachkriegsentwicklung markierte, der schnellstens korrigiert werden müßte. Ludolf Herrmann, Chefredakteur der CDU-Zeitschrift *Die politische Meinung*, schrieb damals in einem aufsehenerregenden Essay: »Hitler haben wir, wenn auch vielleicht nicht endgültig, bewältigt. Nicht bewältigt aber haben wir die Bewältigung Hitlers, wie sie zur Studentenrebellion von 1968 und zu den fundamentalen Umwertungen der Folgezeit geführt hat. … Die Wende, die wir benötigen, besteht nicht darin, daß wir ein weiteres Mal 1933 oder 1945 verdauen, sondern daß wir den nachträglichen Ungehorsam gegen Hitler überwinden. Wir haben uns geschichtlich von uns selbst entfremdet und müssen nun versuchen, diese Entfremdung aufzuheben.«[6]

Wieder fünf Jahre später, nachdem die von Herrmann geforderte »Wende« nicht stattgefunden hatte, durfte Jürgen Habermas, der eben noch ganz defätistisch klang, den Erfolg der »Fundamentalliberalisierung«[7] feststellen, und die Opponenten schickten sich darein, beruhigt über das Versickern des Terrorismus und die Zähmung des früheren Radikalismus in der Partei der »Grünen«. Damals entstand ein neuer Konsens in bezug auf die Beurteilung der Geschehnisse von '68. Die Linke verzichtete auf Kapitalismuskritik und Revolutionsgerede und beharrte nur noch darauf, einen überfälligen und wohltuenden »Sittenwandel«[8] vollzogen zu haben gegen die spießige und autoritäre oder sogar verdeckt faschistische Adenauerrepublik. Die Bürgerlichen pflichteten der Sache mit dem »Sittenwandel« bei, bedauerten aber den Reibungsverlust qua Utopie und Konsumkritik. Auch in diesem Fall kam Richard von Weizsäcker eine geschichtspolitische Schlüsselfunktion zu. In seiner Rede anläßlich der Verleihung des Heinrich-Heine-Preises sagte er 1991: »Wir verdanken dem Generationenkonflikt rund um das Jahr 1968 gewiß keine vorbildliche Verarbeitung der Vergangenheit. Dennoch entwickelte sich aus dem unerbittlichen Umgang miteinander eine bleibende Veränderung unserer politischen Öffentlichkeit. Die demokratische Bürgergesellschaft entstand mit ihren Initiativen und Bewegungen und großen Volksaussprachen …«[9]

Was auf den ersten Blick wie Dialektik wirkt, ist auf den zweiten eine Klitterung, mit der sich aber die tonangebenden Kreise gut arrangieren konnten: 1968 als Geburtshelfer der *civil society*, Vollendung jener Verwestlichung, die angeblich auch die Gründerväter der Bundesrepublik angestrebt und dann die Vietnamkriegsgegner und USA-Verächter infolge einer List des Weltgeistes zur Vollendung gebracht hatten. Was folgte, waren nur noch Variationen dieses Themas, und erst am Ende der neunziger Jahre verschob sich die Perspektive noch einmal.

Der Grund war ein biographischer. Allzu offensichtlich stand die APO-Generation auf dem Zenit ihrer Macht, der Wahlerfolg der rot-grünen Koalition von 1998, erschien zu Recht als »Sieg der Achtundsechziger«[10], was wiederum reizte, genauere Fragen nach dem Wer und Wie und Was der Akteure zu stellen. Es gab

in der Folge einige journalistische Vorstöße, um eine Vergangenheitsbewältigung der Neuen Linken in Gang zu setzen. Und es gab das Bemühen, die Verwicklung des Außenministers Joseph »Joschka« Fischer in militante Aktionen zu Beginn der siebziger Jahre zu klären. Aus beiden aber resultierte keine systematische Aufarbeitung.

Daran fehlt es bis heute, obwohl es mittlerweile handbuchartige Übersichten gibt[11], einige vergleichende Darstellungen[12], sehr erhellende Interpretationen im Ganzen[13], tief eindringende Untersuchungen zur ideologischen Vorbereitung in der »Frankfurter Schule« und die Bemühungen Ehemaliger um Aufklärung. Gemeint sind damit ausdrücklich nicht die Hagiographien oder sentimentalen Erinnerungen der Dabeigewesenen, sondern in erster Linie die Darstellungen von Gerd Koenen[14] und Wolfgang Kraushaar[15]. Beide Autoren haben sich im Laufe der Zeit von ursprünglichen Loyalitäten entfernt und liefern zum Teil sehr umfassende und kritische Arbeiten. Eine echte Gesamtdarstellung fehlt aber immer noch.

Diese Lücke kann durch das folgende selbstverständlich nicht gefüllt werden. Immerhin wird aber ein Abriß der Geschehnisse, ihrer Ursachen und Konsequenzen präsentiert, der der ersten Orientierung dienen mag.

»Die phantasmagorische Internationale«[16] – Was 1968 geschah

Was ist 1968 geschehen? »1968 fing der Planet Feuer, wie auf ein weltweites Zeichen hin. In Paris wie in Berlin, in Rom oder Turin wurden die Straße und der Pflasterstein Symbol einer Generation im Aufstand.«[17] Der das sagte, war selbst dabei, in der vordersten Linie: Daniel Cohn-Bendit, als »Dany le Rouge« – so genannt wegen seines roten Haarschopfes und wegen seiner linken politischen Ideale – einer der Führer des französischen Mai. Von »einer Generation im Aufstand« einer weltweiten »Revolution der Jugend« hat man im Zusammenhang mit dem Jahr 1968 oft gesprochen. Und diese These kann zu ihrer Stützung auf eine Reihe von Fakten verweisen.

Studentische Rebellionen gab es damals in den USA, in Peru, Uruguay und Argentinien, in Japan, der Türkei und fast allen europäischen Staaten, vornehmlich in Spanien, England, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik. Auch die kommunistischen Regimes waren betroffen: Es gab den »Prager Frühling« und die von Arbeitern und Intellektuellen getragene Opposition in Polen, vereinzelt sogar Unruhe an den Hochschulen der DDR, etwa in Halle, schließlich die jungen »Roten Garden«, die in China die »Kulturrevolution« durchführten. Nach dem Attentat auf den deutschen Studentenführer Rudi Dutschke kam es im April 1968 zu Solidaritätskundgebungen in Washington, New York, Toronto, London, Amsterdam, Brüssel, Paris, Mailand, Rom, Tel Aviv, Belgrad, Oslo, Prag und Wien. Und noch 1969 fand in New York ein »Welt-Revolutions-Kongreß« statt, an dem Vertreter der Rebellen aus zahlreichen Ländern teilnahmen.

So eindrucksvoll sich das liest, so vordergründig bleibt doch die Vorstellung von einem globalen Generationenkonflikt. Was haben schließlich die Entwicklungsprobleme von Ländern der Dritten Welt, Maos Versuch der Machtsicherung durch »permanente Revolution«, der Reformkommunismus oder der Kampf osteuropäischer Staaten um nationale Selbstbestimmung und politische Freiheit mit dem Aufbegehren der Jugend im nordatlantischen Raum gemeinsam? Im Grunde: Nichts! Vielleicht kann man von einem neuen Klima des Ungehorsams sprechen, das sich global ausgebreitet hat, aber von echten Gemeinsamkeiten kann nur in bezug auf die westeuropäischen Staaten, Japan und den USA die Rede sein.

Man bezeichnete diesen Teil der Welt damals selbstbewußt als *welfare belt* – »Wohlstandsgürtel«. Er war durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden. In allen Industrienationen, die man ihm zurechnete, herrschte bis in die sechziger Jahre eine Atmosphäre des ungebrochenen Optimismus, bestimmt von technokratischen Ideen und der Gewißheit, den allen anderen Lebensformen überlegenen »*way of life*« gefunden zu haben. Eine grundsätzliche politische Opposition gab es nicht.

Die Kommunisten zeigten sich durch den Kalten Krieg, die Erschütterung der eigenen Anhängerschaft bei Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 und dem Bekanntwerden der stalinistischen Verbrechen geschwächt. Nur in Ausnahmefällen – vor allem Frankreich und Italien – spielte die KP noch eine größere Rolle, in Westdeutschland war sie in den Untergrund gedrängt. Es blieb ansonsten ein Restpotential an Radikalismus, aber diese »heimatlose Linke« schien dauernd zur Bedeutungslosigkeit verdammt, und die Sozialdemokraten hatten ihren Frieden mit den Verhältnissen gemacht. Leicht resigniert antwortete der SPD-Politiker Fritz Erler 1961 auf die Frage »Was ist eigentlich links?«: »Nicht nur die Linke, sondern jede Opposition in einer parlamentarischen Demokratie hat es in einer Zeit schwer, in der das moderne Instrumentarium der Wirtschaftspolitik im allgemeinen Vollbeschäftigung und steigende Lebenshaltung für alle zu erreichen imstande ist.«[18]

»Im Bauch der Bestie«[19] – Amerikanisches Vorspiel

Grundsätzlich infragegestellt wurde die westliche Gesellschaftsform nur noch durch gewisse Subkulturen. Wie bei den meisten sozialen Erscheinungen der Nachkriegszeit lagen auch hier die Ursprünge in den Vereinigten Staaten. Der leitende Impuls war dabei nicht politisch, sondern zivilisationskritisch. So hatten die »Beatniks« schon in den fünfziger Jahren das Lebensgefühl einer »geschlagenen Generation« demonstriert, die nach der »verlorenen Generation« der Kriegsjahrgänge überraschend aufgetreten war. Dabei spielte der »Ausstieg« aus einer »sinnlosen Welt« eine wichtige Rolle. Der Beat-Autor Jack Kerouac etwa verherrlichte das Vagabundendasein des Tramps, die Selbstverwirklichung im Musizieren, Dichten, Malen und allen Formen der Kreativität. Man experimentierte mit Bewußtseinserweiterung durch Drogen, und die asiatische Religiosität gewann an Faszinationskraft. »Beat« konnte auch abgeleitet werden von »beatific«: »begnadet, selig«.

Die »Beat-Generation« sah ihren Feind im Amerika der Mittelklasse, deren Sattheit, deren Konvention und Enge man entfliehen, das man aber auch zerstören wollte. Die Provokation schien das geeignete Mittel: Der Anfangspunkt der Bewegung wird gewöhnlich mit einer Dichterlesung von 1955 gesetzt, bei der sich der Schriftsteller Allan Ginsburg vor seinem Publikum nackt auszog. Ginsburg wurde von einem Teil der Jugend als Sprecher anerkannt, obwohl oder gerade weil seine Biographie den geltenden Normen so deutlich widersprach: Er hatte Vorstrafen wegen Rauschgifthandels und Hehlerei und war zeitweise in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen, propagierte Libertinage und den Konsum von Morphium, Kokain und Heroin.[20]

Die Beatniks waren zwischen 1920 und 1930 geboren, sie hatten den Zweiten Weltkrieg als Jugendliche oder als junge Erwachsene erlebt. Anders die folgende, die erste Nachkriegsgeneration, die in einer sicheren, saturierten Welt heranwuchs. Die »Teens« und »Twens« von 1960 stellten schon einen bedeutenden ökonomischen Faktor in der Konsumgesellschaft dar, nicht nur, was sie als Kunden betraf, sondern auch im Zusammenhang mit jenem Ideal von Jugendlichkeit, das die Werbung propagierte. Insofern war die »Hippie-Bewegung« der sechziger Jahre zwangsläufig weicher konturiert als die »Beat-Generation«, aber ihr Leitbegriff stammte aus dem Jargon der Beatniks, die sich selbst auch als »hipsters« bezeichnet hatten, und der Hipster war ein Mensch, der »plötzlich aufsteht und Amerika durchstreift, ernst erlebnishungrig, zerlumpt, beschwingt, schön auf eine häßliche und doch anmutige neue Art und Weise … geschlagen, das heißt am Boden liegend, aber erfüllt von glühendem Glauben … die Kunst ist, frei zu

bleiben … und vor allem, sich dies vom Leibe zu halten, sich diese große, geborgene, fette, tüchtige, kalte Welt vom Leibe zu halten.«[21]

Gemeinhin werden die Worte »Hipster« und »Hippie« abgeleitet vom umgangssprachlichen Amerikanisch »hip« für »eingeweiht sein«[22]. Die religiöse Konnotation ist auch hier kein Zufall, so wenig wie der Blumenschmuck der »Blumenkinder«, die sich zum Teil als Gefolgsleute, »Gopas of Lord Govinda« (gemeint ist der jugendlich-schöne Hindugott Krishna Govinda) bezeichneten, aber auch als *New Gypsies*, *New Indians*, *Cosmic People*, Psychedeliker. Wie bei ihren Vorgängern spielte für die Hippies das Ausleben der persönlichen, vor allem der sexuellen Bedürfnisse eine entscheidende Rolle, und die »Bewußtseinserweiterung« mittels Marihuana und ähnlicher Rauschgifte, die Neigung zum Buddhismus oder Hinduismus, die Ablehnung bürgerlichen Zwangs und der Entwurf von »Alternativen«, angefangen bei den bunten Phantasiegewändern und endend bei dem Konzept eines neuen Sippen- oder Stammeslebens in Kommunen.

Anders als im Fall der Beatniks war die Grenze zwischen der Hippie- und der offiziellen Kultur durchlässiger. Trotz aller Kritik der Konsumgesellschaft blieb man ihr verbunden, etwa als Verbraucher bestimmter Formen von Popmusik, worauf sich Industrie und Medien selbstverständlich einstellten, die ihrerseits für Mode und Massengeschmack eine harmlose Variante von »flower power« anboten. Da es keinen theoretischen Überbau der Hippie-Bewegung gab, wurden solche Widersprüche nie reflektiert.

Die bürgerliche Welt betrachtete die Hippies mit mehr oder weniger großer Beunruhigung als Sinnbild dauernder Unreife, einer krankhaften Weigerung, erwachsen zu werden. Zutreffender ist wohl die Deutung als »Aufstand der Spontaneität«[23], was auch den ausgeprägten Irrationalismus erklären würde. Der wiederum begrenzte die politische Orientierung von vornherein. Erst unter den Bedingungen einer krisenhaften Entwicklung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sollte es zu einer stärkeren Berührung und wechselseitigen Durchdringung mit jener Strömung kommen, die als »Neue Linke« bezeichnet wurde.

New Left war im Angelsächsischen ein Sammelname für Gruppierungen, die sich weder dem traditionellen sozialdemokratischen noch dem kommunistischen Spektrum zuordnen lassen wollten.[24] 1960 hatte der Soziologe C. Wright Mills seinen *Letter to the New Left* veröffentlicht, in dem er nicht nur die Abkehr von der »alten Linken« der Gewerkschaften und der Arbeiterinteressen forderte, sondern auch für den Aufbau einer bunten Bewegung aus »liberalen«, sozialistischen und gegenkulturellen Strömungen warb. Mills Programm fand vor allem unter Studenten Anklang, die sich neben einer Hochschulreform in erster Linie für die Gleichberechtigung der Schwarzen in den USA einsetzten.[25]

Eine ihrer Organisationen war das im April 1960 von Farbigen gegründete »Student Non-violent Coordinating Committee« (SNCC). Das Komitee war Teil der Bürgerrechtsbewegung und stand ursprünglich den religiösen Vorstellungen Martin Luther Kings nahe. Es konzentrierte seine Aktionen auf den

praktischen Kampf gegen die Rassentrennung und wendete dabei die typischen Demonstrationsformen an: den Aufmarsch, die Blockade durch »Sit-ins«, den Boykott. Das SNCC stand in enger Verbindung mit dem amerikanischen SDS, »Students for a Democratic Society«, einer Gruppierung, die 1960 aus einer »sozialdemokratischen« Organisation hervorgegangen war. Man kopierte dann im SDS die Methoden der farbigen Bürgerrechtler und wandelte sie für den akademischen Bereich ab, allerdings war hier die politische Zielsetzung wesentlich umfassender.

Das *Port Huron Statement* des SDS von 1961 beschrieb die Welt als ein globales System, in dem die kapitalistischen Industrienationen die Entwicklungsländer ausbeuteten, in dem permanente Kriegsgefahr die Existenz der Menschheit bedrohte und die Massen unterdrückt wurden, die von ihren eigentlichen Bedürfnissen entfremdet und in Lohnabhängigkeit lebten. Dagegen setzten die Ideologen des SDS den Entwurf einer neuen Gesellschaftsordnung: »Wir wollen Macht, die sich stützt auf Besitz, Privilegien und günstige Verhältnisse, ersetzen durch eine Macht, die sich auf Liebe, Vernunft und Schöpferkraft gründet. Als Gesellschaftssystem wollen wir eine Demokratie der individuellen Teilhabe, die von zwei zentralen Zielsetzungen bestimmt wird: Daß der einzelne an denjenigen gesellschaftlichen Entscheidungen beteiligt sein sollte, die den Inhalt und die Zielsetzung seines Lebens festlegen; daß die Gesellschaft so organisiert werden müsse, daß in ihr die Unabhängigkeit des Menschen gestärkt werde ... Die Arbeit soll erzieherisch sein, nicht abstumpfend, schöpferisch und nicht mechanisch, selbsttätig und nicht manipuliert. ... Die Wirtschaft an sich hat eine solche Bedeutung für die Gesellschaft, daß ihre wesentliche Rohstoffbasis und ihre Produktionsmittel einer demokratischen Kontrolle zugänglich gemacht werden sollten, sie sind einer demokratischen und gesellschaftlichen Planung zu unterstellen.«

»Demokratisierung«, Aufhebung der »Entfremdung« von Arbeit und eine unscharfe Vorstellung von Sozialismus wurden zu bestimmenden ideologischen Faktoren des studentischen Protestes. Von dem eigentlichen Ziel dieser Vision war allerdings noch nicht die Rede, obwohl ihm eine Schlüsselbedeutung zukam: der Idee des »Neuen Menschen«. In dem *Statement* hieß es weiter: »Wir halten die Menschen für unendlich wertvoll, voller unerfüllter Fähigkeiten zur Vernunft, Freiheit und Liebe.«[26]

In dieser optimistischen Haltung trafen sich die Kader des SDS mit den unpolitischen Subkulturen einerseits, mit den Kernvorstellungen der Neuen Linken andererseits. Besonders attraktiv wirkte auf die Studenten die Verbindung von – heterodoxem – Marxismus und Psychoanalyse, wie sie in den Arbeiten Herbert Marcuses und Erich Fromms ihren Niederschlag fand; Wilhelm Reich hatte nur Einfluß auf eine Minderheit. Dabei spielte neben der grundsätzlichen Kritik der Konsumgesellschaft und der »Entlarvung« ihres Zwangscharakters der utopische Entwurf jener kommenden Welt eine Rolle, in der es weder Klassenordnung noch

Triebverzicht geben sollte. Diesbezüglich – so Marcuse – müsse eine »entscheidende Korrektur« an der Lehre Freuds vorgenommen werden: »Ist nämlich die repressive Triebverwandlung, wie sie psychologisch bisher den Hauptinhalt des Fortschrittsbegriffs ausgemacht hat, weder naturnotwendig noch geschichtlich unabänderlich, dann hat sie selbst ihre ganz bestimmte Grenze. Diese zeichnet sich ab, nachdem Triebunterdrückung und Fortschritt ihre geschichtliche Funktion erfüllt, den Zustand menschlicher Ohnmacht und die Kargheit der Güter bewältigt haben und die freie Gesellschaft für alle zur realen Möglichkeit geworden ist.«[27]

Trotz der Bedeutung des »Studentenmarxismus«[28] darf der Einfluß der Theorie auf die Bewegung keinesfalls überschätzt werden. Sie war für die Masse der Studenten zu kompliziert und lieferte oft nur Stichworte, die man in Parolen ausmünzen konnte. Wichtiger als ideologische Debatten war für den Aufstieg der Neuen Linken seit 1965 die Kampagne gegen den Vietnam-Krieg. Das hing vor allem mit der »Aktionsabhängigkeit«[29] des Protestes zusammen: Der SDS hatte sich schon für Slumsanierung, die Gleichberechtigung der Schwarzen und Universitätsreformen eingesetzt, aber erst mit dem großen Thema »Vietnam« konnte er auf eine breite Solidarität und – von ausschlaggebender Bedeutung – auf die Sympathie liberaler Kreise rechnen. In der Anti-Vietnam-Bewegung verschmolzen deshalb sehr rasch die studentische Opposition, die Gegenkultur und die allgemeine Empörung über die wachsende Zahl von Gefallenen, die Grausamkeit der Flächenbombardements und Napalmeinsätze, die durch die Fernsehberichte allgemein bekannt wurden.

Das Gefühl wachsender Zustimmung hat entscheidend zur Radikalisierung der Bewegung beigetragen, die jetzt zügig vom »Protest« zum »Widerstand« überging. Ein Faktor war aber auch der Einfluß kommunistischer Gruppen im SDS (vor allem der maoistischen »Progressive Labor Party«) und die Einsicht in die begrenzte Wirkung des zivilen Ungehorsams. Die Aktionen nach älterem Muster hatten mit dem »Free Speech Movement« an der kalifornischen Universität Berkeley im Sommer 1966 ihren Höhepunkt erreicht, bei den Auseinandersetzungen an der Universität von Madison in Wisconsin, ein Jahr später, setzte die SDS-Führung schon bewußt auf Eskalation und provozierte Schlägereien mit der Polizei. Bei einem »Marsch auf das Pentagon«, an dem mehr als hunderttausend Menschen teilnahmen, legte man es auf Zusammenstöße und Massenverhaftungen an, die das Bedrohungsgefühl der Teilnehmer und die Solidarisierungsbereitschaft der noch abseits Stehenden gleichermaßen erhöhte. Im Frühjahr 1968 steigerte sich »Widerstand« ein letztes Mal, als im ganzen Land Studentenstreiks, Universitätsbesetzungen und Friedensdemonstrationen stattfanden und während der »Tage des Zorns« eine fanatisierte Menge den Parteitag der Demokraten in Chicago stürmte. Die USA schienen am Rande des Bürgerkriegs zu stehen.

Hatte das FBI schon früher die Vermutung geäußert, daß der SDS und allgemeiner die Neue Linke eine Revolution vorbereiteten, so wurde dieser Eindruck

bestätigt durch deren Propaganda für eine aktive Solidarisierung mit dem Vietcong – von der Parole »Bring the Boys home!« der Antikriegsbewegung ging man über zu »Bring the War home!« –, die Abspaltung der militanten Schwarzen in der *Black Panther Party* und die Diskussion im SDS um die Schaffung einer bewaffneten Untergrundbewegung der *Weathermen*[30]. Die Resignation des US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, der propagandistische Erfolg der nordvietnamesischen Tet-Offensive und die Idee, das sei der Beginn einer weltrevolutionären Entwicklung, haben zu dieser letzten Zuspitzung ebenso beigetragen wie die Ermordung Martin Luther Kings und Robert Kennedys im Frühjahr 1968.

Die Morde verstärkten in den Reihen der Neuen Linken die Zwangsvorstellung, das Establishment lasse keinen anderen Ausweg als die Gewalt, aber man folgte auch der selbstgeschaffenen Tendenz, verbalen Exzessen tatsächliche folgen zu lassen. Für eine kurze Zeit konnte es so scheinen, als habe in den USA eine Bewegung das System an den Rand des Zusammenbruchs geführt, obwohl sie keinen Rückhalt bei den großen Parteien besaß, sich gegen das Establishment wandte und einen marxistischen Jargon pflegte, aber das sowjetische System mehr oder weniger glaubwürdig ablehnte, sich mit jedem Diskriminierten – den Farbigen, den Homosexuellen und den Frauen – verbündete und zur allgemeinen Emanzipation aufrief, aber ganz sicher von der breiten Mehrheit abgelehnt wurde. Die Führer ließen sich von der Idee faszinieren, als Agenten des Befreiungskrieges der Dritten Welt »im Bauch der Bestie« die Stadtguerilla in den nordamerikanischen Metropolen vorzubereiten. Ihre Losung »Off the pig« bedeutete nichts anderes als »Töte den Polizisten«.

Der Theologe Richard J. Neuhaus, der selbst zu den Protagonisten der Neuen Linken gehörte, hat damals neben Jugendlichen und Schwarzen noch »Ehrenjugendliche«, »Alte Linke«, *hispanics* und »radikalisierte Liberale« als eigentliche Trägergruppen der Bewegung bezeichnet. Die zuletzt genannten spielten dabei eine ganz besonders wichtige Rolle, obwohl sie von den Aktivisten verachtet wurden: »Unbeschadet der Tatsache, daß nächst dem militärisch-industriellen Komplex der Liberale die beliebteste Zielscheibe radikaler Redner ist, bilden diese radikalisierten Liberalen eine starke Gruppe in der Bewegung. Ihre finanziellen Mittel und ihr Einfluß in Vereinen, öffentlichen Ämtern, Universitäten, Kirchen und den Massenmedien sind von unschätzbarem Wert.«[31] Es spielte hier – wie immer in Zeiten linker Konjunktur – der »radical chic« eine Rolle, aber auch die Sorge vor dem Umsturz. Bis er untertauchen mußte, hielt einer der Schwarzenführer seine Besprechungen auf der Yacht eines kalifornischen Millionärs ab, der davon überzeugt war, sich so gegen die kommende Beschlagnahme seines Besitzes abgesichert zu haben.

»Man erfreut sich des Wohlstands und liest Heinrich Böll«[32] – Von der Heimatlosen zur Neuen Linken in der Bundesrepublik

Im Rückblick auf die Entwicklung in den USA äußerte Abbott Howard »Abbie« Hoffman, man habe letztlich »die ganze Gegenkultur dazu benutzt, die Jugend anzusprechen, die den *american way of life* satt hatte. Wir haben uns auf die spontane Revolte einer ganzen Generation gestützt. Wir betrachteten die Jugend als eine soziale Klasse, die ihre eigenen Bedürfnisse, ihre eigenen Sehnsüchte hat, wir waren überzeugt davon, daß diese Klasse die Revolution machen würde«[33]. Hoffman konnte das auf Grund seiner intimen Kenntnis der Akteure und Ereignisse sagen: Er hatte mit den Beatniks sympathisiert und Jahre als Hippie gelebt, bis ihn die allgemeine Politisierung erfaßte, hatte in SNCC und im SDS mitgearbeitet und war wegen seiner Beteiligung am Sturm auf den Konvent der Demokraten vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Seine öffentlichen Auftritte hatten etwas Clowneskes, seine Aktionen erinnerten manchmal an Eulenspiegeleien, aber es war nicht zu verkennen, daß er einer radikalen Vorstellung von Theorie und Praxis folgte.

Die Kombination von Gegenkultur, Generationenkonflikt und revolutionärer Rhetorik bildete ein Ganzes, das als Ganzes aus den USA nach Europa importiert wurde. Es waren zuerst nicht die abstrakten Ideologeme, die Demonstranten auf die Straße brachten, sondern Bilder von den großen Unruhen in den USA und die Lieder von Joan Baez und Bob Dylan, später John Lennons »Give peace a chance« oder Jimmy Morrisons »We want the world and we want it now«. »Wir wollen die Welt und wir wollen sie jetzt« kann man als gemeinsame Parole des Jugendprotestes im Wohlfahrtsgürtel bezeichnen. Die USA boten ein Modell, und die westliche Welt ahmte es nach. Das entsprach dem Zuge der großen Amerikanisierung, die seit Jahrzehnten Kauf-, Kleidungs- und Ernährungsgewohnheiten, Mode, populäre Kultur und Sprache über den Atlantik kommen ließ.

Die »Lebensstilrevolution«[34] der sechziger Jahre mit Hippie-Look und langen Haaren, Rockmusik und »Gammelei«, Minirock und Gleichberechtigung der Frau, Freigabe der »Pille« und »Sex-Welle« bereitete den Boden. Die Politisierung konnte aber erst dann erfolgen, wenn man die Bedingungen vor Ort einbezog. Es gab einige Fälle, in denen Führer der Achtundsechziger direkten Anschauungsunterricht in den USA genossen hatten – Karl Dietrich »Ka-De« Wolff etwa, der als Austauschschüler die ersten Aktionen der Bürgerrechtsbewegung in Michigan miterlebte[35], oder Ekkehard Krippendorff, der als Student in Berkeley die Go-Ins und Sit-Ins

beobachten konnte –, und außerdem unterstützten linke Studenten in Berlin eine Gruppe von Amerikanern, die Deserteure der US-Armee versteckte, und dafür Lektionen in bürgerlichem Ungehorsam nach amerikanischem Muster erteilte.

Aber man sollte dem keine übermäßige Bedeutung zumessen. Die Mobilisierung und Radikalisierung der Jugend in den europäischen Staaten hatte immer auch zu tun mit den spezifischen Ausgangsbedingungen: der Bedeutung einer nationalsozialistischen (Westdeutschland), faschistischen (Italien) oder kolonialistischen Vergangenheit (Frankreich, Großbritannien), einer betont liberalen (Niederlande, Skandinavien) oder einer betont autoritären Tradition (Westdeutschland, Frankreich), einer ausgeprägten (Frankreich, Großbritannien, Italien) oder weniger ausgeprägten Klassenstruktur (Westdeutschland, Niederlande, Skandinavien) der Gesellschaft, der Stärke (Frankreich, Italien) oder Schwäche (Westdeutschland, Großbritannien) der Kommunisten, einer besonderen Übung in gewalttätigen Aktionsformen (Frankreich, Italien) oder einem Mangel an solcher Übung (Westdeutschland, Großbritannien, Niederlande, Skandinavien).

Betrachtet man die Situation in der Bundesrepublik, so schien in der ersten Hälfte der sechziger Jahre wenig dafür zu sprechen, daß sich die Lage innerhalb kurzer Zeit dramatisch verändern würde. Die Regierungserklärung Ludwig Erhards vom 10. November 1965 hatte mit dem Satz begonnen: »Die Nachkriegszeit ist zu Ende!« Wohl selten wurde die Aussage eines Politikers durch die Ereignisse so rasch und so gründlich widerlegt. Dabei hatte der Bundeskanzler allen Grund für seine hoffnungsfrohe Erwartung. Der Einbruch der Konjunktur war ausgeglichen und alles deutete auf eine Normalisierung. Auch die Verabschiedung der »Notstandsgesetze« sollte zu diesem Prozeß beitragen. Seit 1958 hatte es verschiedene Entwürfe gegeben, um Regelungen des Ausnahmezustands zu schaffen und die für diesen Fall noch bestehenden Vorbehaltsrechte der Siegermächte zu ersetzen. Innerhalb des Bundestages war mit breiter Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben zu rechnen, die von SPD und Union seit 1966 getragene »Große Koalition« rechnete nicht mit ernsthaftem Widerstand.

Um so unerwarteter war der Aufstieg der »Außerparlamentarischen Opposition«[36] (APO), die sich mit einer bis dahin ganz unbekannten Heftigkeit gegen die Notstandsgesetze – pejorativ: »NS-Gesetze« – wandte. Unerwartet deshalb, weil der »Wertewandel«, der diesen Prozeß begünstigte, noch kaum bemerkt worden war. Seit dem Beginn der sechziger Jahre hatte sich aber das kulturelle Klima in der Bundesrepublik verändert. Das hatte seinen Grund einmal in einer neuen Welle der »Vergangenheitsbewältigung« – ausgelöst durch die Kölner Hakenkreuzschmierereien von 1959 und den Beginn der Auschwitzprozesse in Frankfurt, 1960, aber auch in einer allmählichen Verdrängung von »Pflicht- und Akzeptanzwerten« durch »Freiheits- und Selbstentfaltungswerte«.[37] Das hatte mit der Ausbreitung des Massenkonsums und einer Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit zu tun. Was immer in der Nachkriegszeit »restaurativ« erschienen war, hatte nur einen dünnen Firnis gebildet.

Der Wertewandel mußte der Linken in vieler Hinsicht entgegenkommen, jedenfalls der »Heimatlosen Linken«, die sich ihrer eigenen Bedeutung vor allem durch Pflege ihres Hypermoralismus versicherte, einerseits das »Individuum« dauernd durch Unterdrückung, andererseits die Gesellschaft dauernd durch die Heraufkunft eines neuen »Faschismus« bedroht sehend. Nach dem Verbot der KPD und dem Beschluß des »Godesberger Programms« durch die SPD besaß die »Heimatlose Linke« nur noch Rückhalt in kleineren Gruppen – der Neutralisten, der Pazifisten im Umfeld der Ostermarsch-Bewegung, der undogmatischen Sozialisten und aller möglichen Lebensreformer – und in der »progressiven« Kulturszene. Deren Einfluß war erheblich. Rudolf Krämer-Badoni sprach schon 1962 über die »konstitutionell linke Haltung der Literaten und Intellektuellen, die ungefähre Linke, die schöne Linke, die so großen Anklang bei sich selbst und bei denen findet, die gern dazugehören möchten«[38].

Angesichts der besonderen Bedingungen des Literatur- und Kunstbetriebs war das »Dazugehören« von entscheidender Wichtigkeit, und jedes Kalkül hatte die politischen Präferenzen der Tonangebenden einzubeziehen, und die lagen regelmäßig auf der Linken. Vor allem die »Gruppe '47« spielte in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle, die sich in der Nachkriegszeit nicht nur den Zugriff auf die Feuilletons gesichert hatte, auf unübersehbare Weise mit den wichtigen Verlagen verbunden war und sogar Einfluß auf die Besetzung wichtiger Positionen im Rundfunk und dann im Fernsehen nehmen konnte. Von Hans Werner Richter und Wolfgang Koeppen, über Heinrich Böll und Günter Grass bis zu Walter Jens und Axel Eggebrecht gab es kaum eine bedeutende Figur der Kulturszene der frühen Bundesrepublik, die man nicht der Gruppe '47 oder deren Umfeld zurechnen muß.

Ihre Protagonisten waren praktisch identisch mit den Wortführern der »Heimatlosen Linken«: »Das Wort soll heißen«, so Wolf Jobst Siedler in einem Text von 1962, »daß sie sich verlassen in unserem Staat vorkommen, daß sie ein versprengtes Häuflein nicht Dazugehöriger sind, daß sie sich als Außenseiter unserer Gesellschaft fühlen. Wenn man sie trifft, erzählen sie von den Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind, und von den Nöten des Geistes in der Wirtschaftswundergesellschaft … Es ist ein jammernswertes Bild, das da entworfen wird. Fast könnte es vergessen machen, daß es sich bei den deutschen Linksintellektuellen um die einflußreichste und sozusagen marktbeherrschende Gruppe des deutschen Literatur- und Kulturbetriebes handelt. Denn die ›Heimatlose Linke‹ hat so ziemlich alle Positionen erobert, in denen Kunst heute verwaltet und dirigiert wird.«[39]

Die Weltanschauung der »Heimatlosen Linken« bildete kein kohärentes Ganzes. Es handelte sich aber immer um eine »fortschrittliche« und »kritische« Haltung, die tendenziell im Westen mehr oder genauso viel Übles sah wie im Osten, die Vergangenheitsbewältigung in jedem Fall verewigt sehen wollte, eine verschwommene Vorstellung von Sozialismus und eine etwas genauere Vorstellung

von »Humanismus« vertrat. In den fünfziger Jahren spielte der Existentialismus eine wichtige Rolle, abgelöst durch den »Neomarxismus« in den Sechzigern.

Unter diesem Begriff können alle heterodoxen marxistischen Theoretiker zusammengefaßt werden, neben Trotzki vor allem Lukàcs, Bloch und Kofler sowie die ganze Gruppe, die man als »Frankfurter Schule« bezeichnet. Deren Konzept – vor allem die Synthese aus Marxismus und Psychoanalyse – war von Marcuse in den USA allerdings ungleich schärfer herausgearbeitet worden als von den deutschen Schulhäuptern Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Die beiden hatten nach ihrer Rückkehr aus dem Exil das marxistische Element zurücktreten lassen und eine Art Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat gesucht.[40] Bezeichnender Weise fand Horkheimer sogar den jungen Jürgen Habermas »zu links«[41]. Aber das war, bevor am Frankfurter Institut für Sozialforschung der Nachwuchs noch unmißverständlicher die Rückbesinnung auf die radikalen Anfänge der »Schule« verlangte. Adorno schien eher bereit, dem nachzukommen als Horkheimer; er sah auch die Möglichkeit, aus dem Schatten des anderen herauszutreten. Mit einer Revolutionstheorie hatte das allerdings immer noch nichts zu tun. Rüdiger Safranski meinte rückblickend: »Ich hab' ja angefangen zu studieren im Jahr 1964, bin Jahrgang 1945 und in der Provinz, in Rottweil, kleine Stadt in Süddeutschland, großgeworden, und da war Adorno – 64 schon – so eine Kultfigur. Adorno zu lesen, im Freibad, wenn man dann das Buch *Minima Moralia* auf dem Handtuch liegen hatte, das gab Startvorteile. Das war schon was, und das war noch weit vor 68. Er war schon ein Geheimtip, und deswegen reizte mich dieser Mann. Ich glaube, ich war damals noch sehr existentialistisch gestimmt, und auch sehr ästhetisch-literarisch ambitioniert und an Adorno war doch dann das Faszinierende jetzt nicht so sehr der gesellschaftstheoretische Großentwurf, sondern dieses ästhetisch Anspruchsvolle und Rätselhafte, was auch in dieser Theorie war. Man empfand, seine Theorie, die war so gestrickt wie ein Gedicht, man rätselte darüber, wie man über ein Hölderlin-Gedicht rätseln konnte. Und das war nicht ein Kursus in Gesellschaftstheorie, sondern das waren kabbalistisch-rätselhafte Texte.«[42]

Verglichen damit wirkten die zum selben Zeitpunkt veröffentlichten Thesen Marcuses zu »Konsumterror«, dem repressiven Charakter des westlichen Kapitalismus und das »›Naturrecht‹ auf Widerstand«[43] der progressiven Minderheit wie direkte Handlungsanweisungen. Aber an deren Erfolg glaubten auch in Kreisen der linken Basis nur wenige. Vielleicht mit Ausnahme der illegalen KPD, die aber dogmatische Vorbehalte hatte, seit 1955 im Untergrund operierte, und mit Geld, das aus der DDR kam, nicht nur den eigenen Zusammenhalt gewährleistete, sondern auch an der Entstehung einer subversiven Presse, allen voran das Blatt *konkret*, beteiligt war. »Subversion« war gleichzeitig das Stichwort für gewisse Einzelinitiativen, in denen man nichts von Kaderarbeit hielt, sondern eine Mischung aus Happening und politischer Agitation bevorzugte. Kleine, elitäre Gruppen wie die »Subversive Aktion«, aus der später die »Kommune I« hervorge-

hen sollte, hingen zwar mit der Raubdruckerszene zusammen, die marxistische Klassiker per Matrize vervielfältigte, und zu den Tarnorganisationen der KP Verbindung hielt, aber auch in ihren Reihen glaubte man nicht, daß die Massen aus der Umklammerung von Konsum und Kapital zu befreien seien. Es handelte sich eher um einen anarchischen Versuch, jede Autorität in Frage zu stellen.

Das »Antiautoritäre« war in den frühen sechziger Jahren der kleinste gemeinsame Nenner der verschiedenen neulinken Strömungen. Daher rührte auch die Sympathie für gegenkulturelle Muster aus den USA. Die reichte wiederum deutlich über die Grenzen der Szene hinaus, aber weder das, noch der Wertewandel noch die Einflußnahme der Kulturlinken genügten als Voraussetzung für den großen Umbruch.

Zehn Jahre zuvor, 1957, hatte der Soziologe Helmut Schelsky sein Buch *Die skeptische Generation* veröffentlicht und es mit einem Ausblick abgeschlossen. Die »skeptische Generation«, so Schelskys These, durch den Krieg und den Nachkrieg geprägt, hätten Not und Elend hinreichend gefeit gegen jede ideologische Versuchung. Aber der Mangel an Überschwang sei im Grunde unnatürlich für Heranwachsende. Deshalb solle man die »Halbstarkenkrawalle« oder die Ausschreitungen nach Rock ’n Roll-Konzerten als Symptome eines normalen Dranges ansehen und sich darauf gefaßt machen, daß das »kommende Geschlecht« alles andere als ein skeptisches sein werde. »Ich bin«, so schloß Schelsky, »überzeugt, daß die Phantasie der jugendlichen Ausbruchsversuche aus der Welt in Watte, die man ihr zumutet, aller praktischen Weisheit der Pädagogen, Politiker, Psychologen und Soziologen der Anpassung überlegen sein wird.«[44]

»Wir waren größenwahnsinnig«[45] – Focus Berlin

Wahrscheinlich überstieg die Zahl derjenigen, die an den großen Aktionen der Jahre 1967/68 in Westdeutschland teilnahmen, niemals zwanzigtausend Personen.[46] Es handelte sich also nicht um eine ganze Generation, sondern um eine Minderheit, allerdings um eine tonangebende, denn Oberschüler, Studenten und junge Akademiker, die die Revolte trugen, übten in vieler Hinsicht eine Vorbildfunktion aus. Ihre besondere Empfänglichkeit für radikale Parolen hatte sicher mit der Veränderung des politischen Klimas und dem Aufstieg der APO, aber auch mit dem zu tun, was man als »Bildungskatastrophe« bezeichnete.

Der Begriff geht auf ein sehr erfolgreiches Buch des Soziologen Georg Picht zurück, das 1964 unter dem Titel *Die deutsche Bildungskatastrophe* erschienen war. Picht glaubte, daß die Bundesrepublik wegen des Mangels an akademischem Nachwuchs nicht mehr mit der Entwicklung anderer Industriestaaten mithalten könne. Die Vorstellung hat seitdem alle möglichen Reformen des Schul- und Hochschulsektors gerechtfertigt, obwohl die Zahl der Studenten schon seit Gründung des Weststaates dramatisch gewachsen war: Gab es 1954 in der Bundesrepublik 137 000 Studenten, waren es 1961 bereits 244 000 und 1968 stieg die Zahl auf 316 000. Mit dieser stürmischen Entwicklung konnte die Bildungsplanung nicht Schritt halten. Die eigentliche »Bildungskatastrophe« lag in Vereinzelung, Desorientierung, mangelhafter Verbindung von Studium und Berufsleben, überhaupt sinkenden Aussichten, was die Unruhe an den Hochschulen steigerte, während Veränderungen nur schleppend in Gang kamen.

Die Revolte brach aber gerade nicht an einer der konservativen Universitäten aus, denen ein erstarrter Ordinarienbetrieb hätte vorgeworfen werden können, sondern an der betont fortschrittlichen FU Berlin. Nirgends war der Slogan »Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren« so falsch wie hier. Die FU – die »Freie Universität« – hatte die amerikanische Besatzungsmacht 1948 im Westteil Berlins gegründet, als Reaktion auf die sowjetische Blockade und die Ideologisierung der Humboldt-Universität im Ostsektor. Die Studentenschaft konnte und sollte ausdrücklich Anteil am Aufbau nehmen und sicherte sich umfangreiche Mitspracherechte.

Solche »Demokratisierung« stimmte ganz mit den Plänen der amerikanischen Behörden in Berlin überein. Während man bei der Wiedereröffnung der Hochschulen in der US-Zone deutliche Abstriche in bezug auf die ursprünglichen Pläne zur Reorganisation des deutschen Erziehungswesens hatte machen müssen, hoffte man in Berlin eine Modell-Universität errichten zu können, die einer progressiven amerikanischen Tendenz, nicht den elitären deutschen Regeln

folgen würde. Die FU war insofern auch ein Versuch der USA, ihr Konzept der »Umerziehung« weitergehend durchzusetzen.

Bemerkenswert ist, daß der Ausbruch von Studentenunruhen nicht nur in Westberlin, sondern auch in Frankfurt, Heidelberg und Marburg »Zentren der amerikanischen Reeducation«[47] betraf. Man kann das deuten als eine Art überkonsequentes Beherzigen der erteilten Lehren, aber auch als Aufbegehren gegen den großen Pädagogen, womit der schon deshalb nicht gerechnet hatte, weil die Studentenschaft der FU bis dahin als ausgesprochen amerikafreundlich und jedenfalls antikommunistisch gegolten hatte.

Ein Grund dafür war, daß sie zu einem erheblichen Teil aus der Sowjetischen Besatzungszone kam. Entsprechend tief saß die Skepsis gegenüber Weltverbesserern und jeder Form totalitären Denkens. Die Strukturen änderten sich allerdings nach dem Mauerbau im Jahr 1961. Berliner Studenten hatten sich in der ersten Zeit nach dem 13. August noch an riskanten Fluchthilfeunternehmen und Großdemonstrationen gegen das DDR-Regime beteiligt. Aber allmählich begann sich die Zusammensetzung der Studentenschaft und das politische Klima an der FU zu ändern. Der Politikwissenschaftler Gerd Langguth hat diese Entwicklung damit erklärt, daß nach 1961 an Stelle der Flüchtlinge aus der Ost-Zone, »Flüchtlinge« aus der Bundesrepublik das Bild zu bestimmen begannen: diejenigen, die sich dem Wehrdienst entziehen wollten, diejenigen, die der provinziellen Enge in die Großstadt entflohen[48].

Es entstand auf diese Weise ein gewisses Unruhepotential, das allerdings noch der Mobilisierung bedurfte. Diese Aufgabe hat der »Sozialistische Deutsche Studentenbund«, abgekürzt SDS, übernommen. Wie der amerikanische Namensvetter – die Übereinstimmung war symbolträchtig, aber zufällig – hatte auch er seine Ursprünge in der Sozialdemokratie. 1946 als studentischer Verband der SPD gegründet, zeitweilig unter dem Vorsitz Helmut Schmidts, war der SDS in den fünfziger Jahren wie die Mutterpartei strikt gegen das DDR-Regime orientiert gewesen. Allerdings hing man sozialistischen Träumen nach und pflegte einen gewissen jugendlichen Radikalismus, der mit dem neuen Volksparteikonzept der Sozialdemokratie schwer auf einen Nenner zu bringen war. Ende der fünfziger Jahre wuchs die Distanz, was auch mit der kommunistischen Unterwanderung des SDS zu tun hatte. 1961 kam es zum Bruch[49], und in der Folgezeit wurde der Studentenverband zur Leitorganisation des »antiautoritären Lagers«[50]. Er löste alle Bindungen zur SPD und konnte gleichzeitig seinen politischen Einfluß an den Hochschulen, vor allem in Westberlin, weiter ausdehnen.

Ideologisch prägend wirkten neben einem sehr theoretischen Marxismus vor allem rätesozialistische Ideen und damit verbunden die Kritik der »institutionalisierten, indirekten Demokratie«[51] im Namen einer authentischen, direkten Demokratie, die sich angeblich in Vollversammlungen und Urabstimmungen manifestierte. Schon im Oktober 1961 erklärte der Vorsitzende des SDS, die Organisation fühle sich »der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen

›New left‹, in Frankreich als ›nouvelle gauche‹ entstanden ist. Diese ›Neue Linke‹, die sich heute in den westeuropäischen Ländern herausbildet, ist als selbständige Organisation nicht zu bestimmen. Sie ist in den Organisationen der Arbeiterbewegung, unter Akademikern und Studenten zu finden.«[52] Akademikern und Studenten – oder allgemeiner: den Intellektuellen – sprach man einen besonderen Stellenwert als Vorreiter der sozialistischen Bewegung zu, da sie anders als die verbürgerlichte Unterschicht zu revolutionärer Veränderung neigten.

Des ungeachtet besaß der SDS keine geschlossene Ideologie. Vieles wirkte rein theoretisch, verstiegen, seminarmarxistisch. Erst durch den Beitritt der Subversiven Aktion im Jahr 1965 kam jene Bewegung in den Verband, der ihn zur Avantgarde der Neuen Linken, der APO, der Studentenbewegung machen sollte. In Westberlin waren es Dutschke und Bernd Rabehl, die, aus der Aktion stammend, den neuen Kurs des SDS bestimmten.

Wie für die Linke der USA spielte auch für die der Bundesrepublik der Faktor »Aktionsabhängigkeit« eine ausschlaggebende Rolle. Der SDS konzentrierte sich deshalb auf Kampagnen, durch die die Solidarität der Unbeteiligten zu erreichen war. Das gelang in Westberlin Anfang der sechziger Jahre zuerst bei den »Fällen« Kuby und Krippendorff.[53] Dem linken Literaten Erich Kuby hatte der Rektor der FU wegen abfälliger Äußerungen über die Hochschule Redeverbot für eine Veranstaltung des AStA erteilt. Krippendorff, Assistent am Otto-Suhr-Institut und einer der SDS-Ideologen, sollte nach einer Konfrontation mit der Universitätsleitung keine Verlängerung seines Arbeitsvertrages erhalten. Beide Male gelang es den Studenten, wenigstens Teilerfolge zu erzielen und die Universitätsleitung zum Rückzug zu zwingen.

Dabei verlief die Auseinandersetzung noch in gemäßigten Formen. Zu einer Eskalation kam es aber erst nach der Verschärfung der Studienbedingungen in der medizinischen und juristischen Fakultät im Frühjahr 1966: Am 22. Juni versammelten sich etwa dreitausend Studenten zu einem ersten »Sit-in« nach amerikanischem Muster. Parallel zur Radikalisierung und dem Verlangen nach einem allgemeinen »politischen Mandat« der Studentenschaft verloren konkrete Reformvorstellungen – etwa Einführung der »Drittelparität« in den Mitbestimmungsgremien oder Ausweitung der Begabtenförderung – immer weiter an Bedeutung. Der SDS lernte, sich als »avantgardistischer Teil«[54] der Neuen Linken in Westdeutschland und Westberlin zu betrachten und konzentrierte seine Energie dementsprechend auf die »Politisierung«[55] der Studenten, der Universität und dann der breiteren Öffentlichkeit.

Das Jahr 1966 sollte für diesen Prozeß eine Schlüsselbedeutung gewinnen. Das hing vor allem mit dem wachsenden Interesse an den besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zusammen. Die Neue Linke sprach jetzt mit kennerischem Ton von der »Dritten Welt«, wobei ein Anklang an »Drittes Rom«, »Drittes Reich«, »Dritter Weg« nicht ganz zufällig war. Bereits 1960 hatte der AStA der FU die Unterstützung alge-

rischer Flüchtlinge gefordert und im Dezember 1964 eine Demonstration gegen den Berlinbesuch des Kongo-Diktators Moise Tschombé organisiert. Der eigentliche Durchbruch gelang mit dem »Vietnam-Semester«, das der SDS 1965/66 durchführte. Hier handelte es sich nicht mehr nur um einen Protest gegen Armut und Unterdrückung im »Trikont«, sondern um Protest gegen die »Schutzmacht« USA und – ganz ähnlich den »Genossen« in Amerika – um bewußte Identifikation mit dem bewaffneten Kampf des Vietkong. Auf einer Abschlußversammlung im Tiergarten rief Dutschke zur Schaffung einer »Außerparlamentarischen Opposition« auf.[56]

Vierzehn Tage später kam es in Folge einer Anti-Vietnam-Demonstration zum ersten schweren – von den Studenten ganz gezielt gesuchten – Konflikt mit der Polizei, und im Januar des folgenden Jahres proklamierte der SDS die »permanente Universitätsrevolte«. Im März setzte eine Gruppe von Studenten das Sternenbanner vor dem Amerika-Haus in Berlin auf halbmast und warf Eier gegen das Gebäude – in der notorisch amerikafreundlichen »Frontstadt« eine ungeheure Provokation –, und für den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey plante die eng mit dem SDS kooperierende »Kommune I« (in der die Veteranen der Subversiven Aktion lebten) ein »Attentat« mit »Pudding-Bomben«, das allerdings nicht ausgeführt wurde. Viele der jetzt schon zur Tagesordnung gehörenden Provokationen von Polizei, Politikern und Universitätsleitung trugen noch den Charakter des Ulks, mancher machte mit, weil »etwas los« war, aber die Situation begann sich spürbar zu verschärfen.

Vor allem unter dem Einfluß von Dutschke und Rabehl bereitete der SDS Berlin seit 1965 »kalkulierte Regelverstöße« systematisch vor. Was damit beabsichtigt war, zeigt die Schilderung der Praxis durch einen Veteranen des linken Radikalismus, Klaus Rainer Röhl: »Es wird durch gezielte ›Regelverletzung‹, z. B. das Herausreißen der Mikrophone, durch Nichtbeachtung von Polizeiauflagen ... versucht, Polizeieinsatz und Gewalt zu provozieren, so größere Massen von Studenten, ja die liberale Öffentlichkeit zur Solidarität mit den Geprügelten zu zwingen ... Es war die Aufforderung, die linke Seite des Kudamms zu besetzen, wenn die rechte zur Demonstration freigegeben war, die Aufforderung Ketten zu bilden und Genossen zu schützen und Stoßkeile, um Polizeikordons zu durchbrechen. Die neue Vietkongtaktik der Demonstrationen, die, die Verkehrsmittel der Großstadt ausnutzend, in Minutenschnelle mal hier mal dort auftauchten und ermöglichten, mit wenigen hundert Mann den Verkehr einer Großstadt lahmzulegen. Die Taktik, nicht genehme Beschlüsse des Senats oder anderer Gremien rein physisch zu verhindern, durch Sitzstreiks, ›sit-ins‹, bald aber auch offensiver durch ›go-ins‹, das heißt durch Einbruch in die Gebäude mittels des Brecheisens oder des Nachschlüssels.«[57]

Die Studenten, insbesondere ihre ideologischen Köpfe, hielten solche Formen »direkter Aktion« für legitim, akzeptierten weder Recht und Gesetz noch die Beschlüsse demokratisch legitimierter Einrichtungen, da sie sich wie ihre ameri-

kanischen Kommilitonen als »Agenten der Befreiungskriege der Dritten Welt in der Metropole«[58] verstanden. Sie skandierten schon das berühmt gewordene »Ho Ho Ho Tschi Minh« und trugen zunehmend rote und Vietkong-Fahnen bei den Demonstrationen. In den Studentenbuden hing das Konterfei Che Guevaras, und für manchen gehörte die »Mao-Bibel« und das Emblem der Roten Garden zum revolutionären Habit.

Che Guevaras *Botschaft an die Völker der Welt* mit der berühmt gewordenen Formel »Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams« beschäftigte die Phantasie[59]. Schon führte man spitzfindige Diskussionen über (legitime) »Gewalt gegen Sachen« und (illegitime) »Gewalt gegen Personen«. In dieser Atmosphäre erschien das Flugblatt der Kommune zum Kaufhausbrand, der in Brüssel von belgischen Radikalen gelegt worden war, mit folgendem Text: »Unsere belgischen Freunde haben es heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, zweihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben, und Brüssel wird Hanoi.« Es folgt die Aufforderung zur Nachahmung und ein abschließendes »burn, warehouse, burn!«

Als die Empörung auch in den eigenen Reihen wuchs, versuchten die Kommunarden das Ganze als reine Satire zu präsentieren, aber der SDS schloß sie trotzdem aus. Mäßigung war nicht die Folge. Das wurde vor allem am Verlauf der Anti-Schah-Demonstration erkennbar. Die Atmosphäre war am 2. Juni 1967 bereits aufgeheizt durch einen polemischen Artikel, den Ulrike Meinhof in *konkret* als »Offenen Brief an Farah Diba« geschrieben hatte. Farah Diba, die Gattin des Schahs, war damals eine der zentralen Figuren der westlichen Regenbogenpresse und mußte jetzt als Objekt besonders fiebriger Träume herhalten. Die konnten politischer, aber auch anderer Natur sein. Im Vorfeld der Demonstration wurden jedenfalls Flugblätter verteilt, die unverhohlen zur Ermordung des Schahs und zur Vergewaltigung seiner Frau aufriefen; die Mischung aus Gewalt und Pornographie malten die – anonymen – Verfasser folgendermaßen aus: »Dann stürzten sich die Zuschauer auf die Stätte des Geschehens. Doch nicht, um dem Schah zu helfen, nein, sondern um sich Farah vorzunehmen. Ein Vertreter der hohen Geistlichkeit aus dem schönen Oberammergau hatte sich nach vorn gedrängt, und ihm gelang es als erstem, die Kaiserin zu besteigen. Sie war nicht, wie man denken könnte, erstaunt, nein, denn im heimatlichen Palast hatte der Schah den Offizieren der Leibwache dieses Spiel öfter gegönnt. Doch der hohe Herr wurde, bevor er zum Orgasmus kam, heruntergerissen, und ein Holzfäller nahm seinen Platz ein. Farah fand höchstes Gefallen daran.«[60]

Während des Berlinbesuchs Reza Pahlewis kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Schahs, der studentischen Opposition und der Polizei. In deren Verlauf wurde der Student Benno Ohnesorg erschossen, – das Fanal der Revolte. Immer wieder ist in dem Zusammenhang von einem Mord die Rede gewesen. Das Gericht hat der Klage gegen den Polizisten Kurras, der den Schuß abfeuerte, allerdings nicht stattgegeben. Es war genau das geschehen, was

die Studenten mit den Provokationen hatten erreichen wollen: Verunsicherung und Überreaktion.

Ohnesorg wurde zum Märtyrer der Rebellion – »Und wie bitter nötig hatten wir die Opfer in unseren Reihen!« urteilte später Frank Böckelmann, einer der Köpfe der Kommune. Den Toten überführte man nach Hannover, während es in allen Universitätsstädten zu Sympathiekundgebungen kam. An der Beerdigung nahmen mehr als zehntausend Menschen teil. Der Soziologe Detlev Claussen, damals SDS-Mitglied, beschrieb die Veränderung der Atmosphäre so: »Du bist am Morgen nach Ohnesorgs Erschießung aufgewacht, und es sind plötzlich ganz viele Menschen …, die du noch nie gesehen hast, da … das hat auch irgendwo diesen euphorischen Funken gesetzt.« Der »euphorische Funken«, so Claussen weiter, habe letztlich erst die »Bewegung« gemacht.[61]

Der harte Kern sprach zwar spöttisch von den »Juni-Gefallenen«, den »Halb-Bewegten«, den »Anpolitisierten«, »Mitschwimmern« oder »Neu-Entrüsteten«, aber sie bildeten doch die Massenbasis, die die notwendige Durchschlagskraft verlieh. Tatsächlich erlaubte sie erst die endgültige Mobilisierung und Fanatisierung der Bewegung. Nicht nur, daß Dutschke auf der SDS-Delegiertenkonferenz im September 1967 das »Problem der Organisation als Frage revolutionärer Existenz« aufwarf, nach dem Freispruch von Kurras fragte er rhetorisch, »was denn noch passieren müsse, bevor man zur radikalen Tat schreite«, während ihm der Prozeß, der gegen Teufel in Folge des Kaufhausbrand-Flugblatts angestrengt worden war, Aktionen legitim erscheinen ließ, »die jenseits des bestehenden Rechts liegen«[62].

Ganz ähnlich wie die Linke in den USA glaubten die Führer der APO, daß ihre Bewegung davor stehe, in die Illegalität gedrängt zu werden und »die Herrschenden« auch ihre physische Vernichtung ins Kalkül zogen. Die Autosuggestion übertrug sich auf die Anhängerschaft, was viel von der Heftigkeit der folgenden Ausbrüche erklärt, die ununterbrochene Reihe von Happenings und Demonstrationen, Gewaltakten und Provokationen, vor allem sexueller Art zwischen Herbst 1967 und Frühjahr 1968. Gottesdienste störte man durch das Absingen der »Internationale«, den Straßenverkehr durch Sitzblockaden, neben den Politclowns der Kommune, Fritz Teufel und Rainer Langhans, traten zahllose andere auf, die mit ihren Eulenspiegeleien, aber auch mit öffentlicher Entblößung oder Absonderung ihrer Fäkalien einen Beitrag zur Zerstörung des Bestehenden leisten wollten, das »Umfunktionieren« von Vorlesungen und Seminaren zu »Teach-ins« sowie Universitätsstreiks führten fast zum Zusammenbruch des Hochschulbetriebs.

Der antiautoritäre Affekt lebte sich während dieser Wochen in jeder denkbaren Weise aus, der Kampf gegen den »totalitären Charakter der nachfaschistisch-faschistischen Bundesrepublik«[63] schien alles zu erlauben. Von den ursprünglichen Forderungen der Studenten war kaum noch die Rede, jetzt ging es ganz offen um revolutionäre Wolkenkuckucksheime wie die »Selbstorganisation« des

antiautoritären Lagers, etwa in Gestalt des ominösen »Freistaats West-Berlin«, den Dutschke ersonnen hatte, eine Art Insel, von der aus man den Umsturz vorbereiten wollte. Der schien nicht nur legitim als Teil eines weltweiten Befreiungskampfs, sondern auch, weil in Deutschland nachgeholt werden mußte, was 1933 versäumt worden war.

Koenen hat diese Art von antifaschistischer Fixierung gegen den Tenor der anerkannten Interpretationen damit erklärt, daß es nicht so sehr um den Beweis von Läuterung und gelungener »Umerziehung« gegangen sei, sondern um eine kluge Taktik der Jüngeren, mit der sie jede Opposition gegen die ältere Generation und gegen die Sieger von 1945 rechtfertigen konnten: sie erschienen in der »Pose des Gerechten«[64], dessen Handeln per se legitim war. Gudrun Ensslin, die spätere Terroristin, soll es gewesen sein, die nach dem Tod Ohnesorgs in einer Versammlung rief: »Sie werden uns alle töten. Das ist die Generation von Auschwitz. Mit der kann man nicht diskutieren. Die haben Waffen, und wir haben keine.«[65]

Durch ihre Herkunft aus einem evangelischen Pfarrhaus geprägt, stand Gudrun Ensslin für jene im Protestantismus der Nachkriegszeit verbreitete Neigung, alle, in erster Linie aber politische Fragen einer hochmoralischen Beurteilung zu unterziehen. Ein Faktor, der neben dem Marxismus auch im Weltbild Dutschkes eine Rolle spielte, der längst nicht mehr nur als Berliner SDS-Führer galt, sondern als Sprecher der Rebellen; in einem seiner programmatischen Texte hieß es jetzt: »Unsere Opposition ist ... nicht gegen einige ›kleine Fehler‹ des Systems, sie ist vielmehr eine totale, die sich gegen die ganze bisherige Lebensweise des autoritären Staates richtet.«[66] Neben den Vietkong sollte ein »deutscher Cong« treten. Bezeichnend war, wie rasch der im Herbst 1967 erschossene Che Guevara Ohnesorg als Ikone verdrängen sollte. Die Christusähnlichkeit seines millionenfach verbreiteten Konterfeis sprach eine ungleich deutlichere Sprache, oder, wie es im Nachruf von Peter Weiß hieß: »Er zeigte: das einzig richtige ist, ein Gewehr zu nehmen und den Feind zu bekämpfen.«[67]

In der aufgeheizten Atmosphäre von 1967/68 wirkten sich romantische Vorstellungen von Partisanen im südamerikanischen oder vietnamesischen Dschungel aus, und auch Filmbilder wie die erotisierter, aber irgendwie amüsanter Gewaltanwendung durch Brigitte Bardot und Jeanne Moreau in »Viva Maria«. Der Einfluß der Vorstellung, daß »Revolution Spaß macht«[68] darf keinesfalls unterschätzt werden, so wenig wie die Bedeutung der Führerfixierung. Bei einer Art Veteranentreffen der APO im Frühjahr 1985 meinte ein Teilnehmer auf die Frage, wie es überhaupt zu einer so raschen und so umfassenden Radikalisierung der Jungen habe kommen können: »Wir haben von unseren Anführern immer erwartet, daß sie uns erklären, was in uns vorgeht. Warum wir diese Form der Bewegung wollten, warum es uns drängte, loszugehen und Steine zu werfen, warum wir etwas machen wollten.«[69]

Was sich hier als Deutung anzubieten scheint – die Wiederkehr des »autoritären Charakters« unter anderen Umständen – trifft kaum den Kern der Sache.

Habermas hat früh darauf hingewiesen, daß ein guter Teil der Aktivisten aus »liberalen« Elternhäusern stammte[70], in denen man eine moderne, von der Mutter bestimmte Erziehung praktiziert hatte. Wahrscheinlicher ist deshalb ein Zusammenhang von politischer Verführung und individueller Reifungskrise. Entsprechende Hinweise finden sich schon in den Selbstaussagen von Teilnehmern der großen Unruhen, die 1971 in der Zeitschrift *Kursbuch* veröffentlicht wurden: »Ich hatte Depressionen, Arbeitsstörungen, Kontaktschwierigkeiten, war einfach kaputt – und dann plötzlich die Osterdemonstrationen, die neuen Kontakte, die ganze Aktivität im SDS. Es war wie eine Befreiung.« Und ein anderer: »Am Anfang war es nur ein vager Protest, eigentlich gegen alles. Ich glaube, ich hatte mir vom Studium eine falsche Vorstellung gemacht, Alma mater und so, und merkte dann, daß die Uni das Gegenteil war, grausam, kalt versagend, wie die ganze Gesellschaft. Erst langsam habe ich dann – über Identifikationsfiguren wie Ho und Che, vielleicht auch Dutschke – begreifen gelernt, wo meine Probleme liegen, daß sie im Grunde politische Probleme sind und nur politisch gelöst werden können.«[71]

Die Vorstellung, daß »alles politisch« sei und daß alles geändert werden müsse, daß eine »systemimmanente« Lösung nicht ernsthaft in Betracht komme und die »Charaktermasken« des »Schweinestaats« keinen Respekt verdienten, das alles war kaum verdaut, verknüpfte sich mit einem hohen Maß von Unsicherheit der Basis und analytischer Schwäche der Spitze. Das erklärt weiter etwas von der Regelmäßigkeit, mit der sich die Aggression gegen das eigene Lager richtete. Bekannt ist der Schock, den Adorno erlitt, als sein Schüler Hans-Jürgen Krahl das Frankfurter Institutsgebäude besetzen ließ und seine Vorlesung von herumtanzenden nackten Studentinnen gestört wurde, weniger bekannt ist das Desaster, das Marcuse erlitt, als er, der geistige Vater des studentischen Radikalismus, auf Einladung des AStA an der Freien Universität sprechen wollte: Der alte Mann betrat das völlig überfüllte Auditorium Maximum, auf den Bänken oder auf dem Boden sitzend, stehend, lagernd Studenten, rote Fahnen und Transparente. Die Anwesenden sangen *Die Internationale*, und Marcuse, die Faust hochgereckt, sang mit ihnen. Dann begann er seinen Vortrag mit theoretischen Ausführungen. Nach kurzer Zeit entstand Unruhe im Saal, Rufe wurden laut wie in der Lehrveranstaltung jedes beliebigen Ordinarius: »Aufhören!«, »Sprechen Sie endlich zur Sache!«, schließlich das aus den Teach-ins bekannte »Umfunktionieren!« Marcuse war irritiert und unterbrach, der die Veranstaltung leitende Theologe Gollwitzer bemühte sich vergeblich um Ruhe; erst als er vorschlug, daß diejenigen den Raum verlassen sollten, die das Referat nicht interessiere, gelang es ihm, Marcuse noch einmal Gehör zu verschaffen.[72]

Im Februar 1968 erreichte die Bewegung in ihren Höhepunkt. In Westberlin organisierte Dutschke einen Vietnamkongreß – finanziert von dem italienischen Großverleger Feltrinelli – beschickt nicht nur von allen möglichen linken Gruppierungen des Auslands, sondern auch von der tatsächlich bewaffnet im

Untergrund operierenden IRA oder ETA. Dutschke stand damals auf dem Zenit seines Ruhms und wurde zu einer Figur der internationalen Medien. Gleichzeitig begann er aber seine Umgebung mit dem Plan zu irritieren, daß er nach Amerika gehen wolle. Das bestärkte noch diejenigen im SDS, die gegen ihn opponierten, ohne allerdings eine personelle oder inhaltliche Alternative anbieten zu können. Wahrscheinlich wäre die Rebellion im Frühjahr in sich zusammengefallen, wenn nicht das Attentat auf Dutschke am 12. April zu einer letzten Steigerung des Protestes geführt hätte.

Die schlimmsten Befürchtungen schienen sich zu bestätigen, daß Strukturen bestünden, die »wie in den USA den politischen Mord begünstigen«, daß wie nach der »Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts … das faschistische Terrorregime« folgen werde. Deshalb wollte man »die Zentren der Macht angehen«[73]. Im Zentrum stand dabei die Kampagne »Enteignet Springer«, die zwar schon lange vorbereitet war – nicht zuletzt finanziert mit DDR-Geldern und unterstützt von dem wirtschaftlich interessierten Haus Gruner + Jahr –, die ihre besondere Aggressivität aber erst jetzt durch die Behauptung erhielt, der bereits zweimal vorbestrafte und geistig labile Josef Bachmann habe unter dem Einfluß der Berichterstattung gegen die Studenten in der *Bild*-Zeitung den Anschlag verübt. Ohne Zweifel hatte der Verleger Springer eine scharfe und auf die Polemik der Studenten mit Polemik antwortende Berichterstattung über die APO forciert, aber sein Widerwille gegen die »Jungroten«, die besser »nach drüben« gehen sollten, entsprach in vielem der Mehrheitsmeinung, die gerade von den »kleinen Leuten«, nicht zuletzt vielen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, vertreten wurde. Und letztlich hatte wohl nicht die Lektüre von *Bild*, sondern die der *Nationalzeitung* auf Bachmann eine gewisse Wirkung gehabt, nur bot das Blatt kein annähernd so lohnendes Ziel.

Ab April 1968 fanden zahllose Protestmärsche und Blockaden vor den Verlagsgebäuden des Springer-Konzerns statt: Redaktionsräume wurden besetzt und verwüstet, Teile der Häuser in Brand gesetzt. Im ganzen Land kam es zu Solidaritätskundgebungen. In Berlin, Hamburg und Frankfurt kam es bei Straßenschlachten zu bürgerkriegsähnlichen Szenen. Eine oft von Sensationslust bestimmte Berichterstattung und die »Schlagzeilensucht« der Rebellen spielten sich dabei in die Hände. Längst hatte die Studentenbewegung auch auf die Schulen übergegriffen, im Mai streikten in München mehr als zweitausend Gymnasiasten aus politischen Gründen. Das Land schien an den Rand des Chaos zu geraten. Der Bundestag mußte zu einer Sondersitzung zusammentreten, um über die Osterereignisse zu beraten. Die Feststellung des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, daß bei den Osterunruhen mehr als 280 Polizisten verletzt worden seien, hinderte den Sprecher der oppositionellen FDP, Walter Scheel, nicht daran, sich zum Fürsprecher »der jungen Generation« zu machen, ausdrücklich Verständnis für die Kampagne gegen den Springer-Verlag zu äußern und die Studenten als die »entschiedensten Anhänger der Demokratie«[74] zu bezeichnen.

Es deutete sich hier eine ähnliche Mischung aus Faszination durch den Radikalismus und *appeasement* an, wie sie auch in bürgerlichen Kreisen der USA zu beobachten gewesen war. Schon nach dem ersten Höhepunkt der Revolte hatte sich in den größeren Städten Westdeutschlands eine neue Szene gebildet, geprägt durch die »schicke Linke«, die dann auch ganz begeistert davon war, bei ihren Sommerpartys auf Sylt den Revolutionär Dutschke als Gast herumzureichen. Als die Prozeßwelle nach den Ausschreitungen rollte, stand nicht nur eine hinreichend große Zahl linker Anwälte zur Verteidigung der Angeklagten zur Verfügung, sondern auch eine Kriegskasse, in die unter anderem der *Zeit*-Herausgeber Gerd Bucerius und der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein eingezahlt hatten;[75] die beiden gehörten neben dem *Stern*-Herausgeber Henri Nannen zu den zwar verachteten, aber wichtigen *sugar daddies* der Bewegung.[76]

Eine Beruhigung der Lage hat diese Art vorweggenommener Unterwerfung so wenig herbeigeführt wie die Härte des polizeilichen Durchgreifens. Im Mai 1968 formierte sich in Bonn anläßlich der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze ein Sternmarsch mit mehr als dreißigtausend Teilnehmern, der bis zum Parlament zog. Das Ende kam erst bei Schluß des Semesters. Während der folgenden Ferien ruhte der Demonstrationsbetrieb, da die Protestierer entweder nach Hause oder in den Urlaub gefahren waren. Dann kam es zum Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei und zur Zerschlagung des »Prager Frühlings«, ein Ereignis, das wesentlich zur Desorientierung der Studentenbewegung beigetragen hat.

Die Beziehung der APO zu den Ostblockstaaten war immer ambivalent gewesen. In der Grundtendenz neigte man dazu, in ihnen, verglichen mit dem Westen, doch das »progressivere« System zu sehen. Schon Dutschke hatte bei einem Besuch in der CSSR seine irritierten Zuhörer vor einem Rückfall in die bürgerliche Gesellschaft durch Einführung von Pressefreiheit und Marktwirtschaft gewarnt. Was er und die übrigen Führer der Neuen Linken der Sowjetunion vorwarfen, war denn auch nicht das angemaßte Interventionsrecht, sondern der Verrat am »proletarischen Internationalismus«, da sie den Einmarsch befahl, obwohl keine Gefahr eines »Rechtsputsches« (der die Invasion legitimiert hätte) bestand. Ein Flugblatt des SDS und anderer linker studentischer Gruppen schloß denn auch nicht mit einem Bekenntnis zur Freiheit, sondern mit »Es lebe die sozialistische Weltrevolution!!!«[77]

Die tiefere Ursache für die Auflösung der APO bestand allerdings in der Unmöglichkeit, die Bevölkerung für sich zu gewinnen (beispielsweise riefen die Gewerkschaften mehrfach zu Gegendemonstrationen auf), und in der Uneinheitlichkeit der Bewegung. Es zeigte sich im Herbst 1968 überdeutlich, daß der SDS einer Führungsrolle nicht gewachsen war. Das lag auch an seiner personellen Schwäche. Die Organisation besaß niemals mehr als zweitausendfünfhundert Mitglieder, die sich auf Berlin und Frankfurt konzentrierten; in Berlin gab es wahrscheinlich 260, von denen Dutschke aber nur 15 als Aktivisten betrachtete[78].

Außerdem hatten sich früh Risse zwischen den einzelnen Strömungen innerhalb des Verbandes gezeigt. Da standen die Linkssozialisten um den Marburger Politologen Wolfgang Abendroth auf der einen, die Anti-Autoritären um Rudi Dutschke auf der anderen Seite, und außerdem war noch mit der Gruppe orthodoxer Leninisten und einer Reihe von Maoisten zu rechnen.

Zusätzlich kompliziert wurde diese Aufspaltung durch die massive Einflußnahme der DDR-Staatssicherheit, die von Anfang an steuernd auf die APO einzuwirken versucht hatte. Dabei spielte nicht nur die Funktion der illegalen KPD für die Formierungsphase der Neuen Linken eine Rolle und in dem Zusammenhang die Finanzierung der Pressearbeit (zuerst *konkret*, dann die Studentenzeitungen *Extrablatt* und *Berliner extra-dienst* sowie die »liberalen« *Blätter für deutsche und internationale Politik*), sondern auch die Kontakte der Stasi zu Abendroth[79], die Positionierung von Einflußagenten in der kommunistischen Fraktion und die Bereitschaft auch der Anti-Autoritären, logistische Unterstützung für die Springer-Kampagnen zu akzeptieren[80].

Nach dem Mordanschlag auf Dutschke waren dessen Anhänger im SDS ohne Kopf, ihre Unfähigkeit offenkundig, »aus ihrer Klasse herauszuspringen und den Kampf an der Basis zu organisieren«[81]; die Leute Abendroths hatten den »Mythos« der »Spontaneität«[82] sowieso abgelehnt und organisierten sich selbständig im »Sozialistischen Büro« (SB), die Kommunisten liebäugelten entweder mit dem Anschluß an die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) – die gerade zugelassen worden war, auch um Teile der APO unter Kontrolle zu bekommen – oder mit der Bildung eigener Kader, aus denen später die »K-Gruppen« entstanden.

Zu kontrollieren war auch nicht mehr die Dynamik jener Strömungen, die in der Hochphase des Protests entstanden waren, zwar die Generallinie unterstützten, daneben aber eigene Ziele verfolgten. Die einflußreichste war sicher die Frauenbewegung, der die allgemeinen Bekenntnisse zur »Frauenbefreiung« nicht genügten, sondern die eine radikale Emanzipation auch von den männerbündischen Strukturen der traditionellen Linken forderte. Und dann zeichnete sich immer deutlicher ab, daß einige das endlose Palaver über die »Revolution« ganz satt hatten. In der Nacht vom 2. auf den 3. April 1968 verwandelten Andreas Baader und Gudrun Ensslin mit dem Frankfurter Kaufhausbrand die »Satire« der Kommune I in bittere Realität. Nach der Befreiung Baaders aus der Haft im Frühsommer 1970 konstituierte sich die »Rote Armee Fraktion (RAF)« derjenigen, die die »Schwätzer«[83] beiseiteschieben und zur Tat – der so oft beschworenen Bildung einer »Stadtguerilla« – übergehen wollten. Es blieb das der blutige Weg einer Minderheit, die von dem Bemühen der Kommunarden, »unsere Gewalt gewaltlos erscheinen«[84] zu lassen über die Rede vom Recht auf »Gegengewalt« und der »Gewalt um jeden Preis«[85] in der Spätphase der Antiautoritären bis zum Attentat auf die Repräsentanten des »Systems« verlaufen würde.

Bezeichnenderweise hatte sich der SDS als dieser Prozeß eingeleitet wurde, schon formell aufgelöst. Im Frühjahr 1970 verschwand die Kernformation der

Studentenbewegung. Die Masse der Rebellen war längst in den Alltag einer sich nun rasch verändernden Universität zurückgekehrt. Eine ganze Reihe »progressiver« Hochschullehrer – allen voran Habermas und Ralf Dahrendorf – hatte die Gelegenheit der großen Unruhe genutzt und ihre wissenschaftspolitischen Vorstellungen durchgesetzt. Mancher Aktivist und viele Mitläufer wandten sich wieder von der Politik ab, und die sozialliberale Reformära zog eine große Zahl der Engagierten an. Es blieb sonst eine wandlungs- und zunehmend einflußreiche linke Basisbewegung in Westdeutschland bestehen, der es mehr als zehn Jahre nach der Revolte sogar gelang, sich in Gestalt der »Grünen« effektiv zu organisieren; von den etwa dreihundert Führungspersönlichkeiten der Partei sollen mindestens zwanzig Prozent in SDS oder sonst im Rahmen der APO aktiv gewesen sein.[86] Aber selbst das war eher eine Oberflächenerscheinung. Die eigentlichen Folgen des Jahres 1968 bestanden in einer nachhaltigen Verschiebung der kulturellen Paradigmen.

»Die unsrige ist die Kulturrevolution«[87] – Versuch einer Bilanz

Am 20. März 1968 vermerkte der Pariser Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* zur Lage in Frankreich: »Im Vergleich mit den Studentenunruhen, die von Berkeley bis Berlin, von Warschau bis Kairo aufflammen, erscheint die Lage in Frankreich ruhig.«[88] Das sollte sich in den folgenden Wochen dramatisch ändern. Unter dem Einfluß des Deutschen (allerdings in Frankreich aufgewachsenen) Cohn-Bendit verwandelte sich zuerst die Universität von Nanterre, dann ganz Paris und die Mehrzahl der größeren Städte in Hexenkessel. Aus »Salonanarchisten«, trotzkistischen Grüppchen und linken Einzelgängern entstand ein revolutionärer Kern, der mit Unterstützung von Studentenorganisationen immer neue Besetzungen und Aufmärsche durchführte. Im »roten Mai« gelang sogar, woran sonst nirgends zu denken war: das Bündnis mit Teilen der Arbeiterschaft, die sich über brutale Polizeimaßnahmen gegen Demonstranten empörte. Ein Generalstreik legte das Land lahm, Präsident de Gaulle, bis dahin eine unbestrittene Autorität, verließ Frankreich und versicherte sich in Deutschland des Rückhalts der Armee.

Bezeichnenderweise war aber nicht nur die Aktion besonders heftig, sondern auch die Reaktion. Die Gaullisten demonstrierten ihre Solidarität mit dem »Chef«, ein Referendum fiel eindeutig zu Gunsten der Staatsführung aus und der Sympathie der linken Intelligenz für die Studenten stand die Ablehnung der organisierten Linken – vor allem der Kommunisten – gegenüber.

Wahrscheinlich erklärt das Fehlen einer vergleichbaren Reaktion, warum die mentalen Veränderungen in der Bundesrepublik nach 1968 so viel dramatischer ausfielen als in den übrigen Staaten des Wohlstandsgürtels. Schon 1985 urteilte Jürgen Busche, man habe »übersehen, daß die konservativen Schichten in den anderen westlichen Ländern gegenüber den moralisch-politischen Zumutungen der akademischen Jugend weitaus resistenzfähiger waren als das Bürgertum in der Bundesrepublik. Durch das, was man die zweite Woge der Vergangenheitsbewältigung nennen kann, wurde ein scharfer Trennungsstrich gezogen zwischen den Unruhen der Jugend in der westlichen Hemisphäre und denen in der Bundesrepublik.«[89]

Wenn hier auf die spezifische Schwäche des Bürgertums abgehoben wird, dann sind dafür zwei Gründe maßgeblich: die Feigheit derjenigen, die es eigentlich besser wußten, aber nicht bereit waren, Widerstand zu leisten, weil das ab einem bestimmten Zeitpunkt unliebsam auffiel oder karrierehemmend wirkte, und der Einfluß der »Halbverrückten«[90], das heißt jener breiten Sympathisantenszene, die heute vielleicht keine Solidarität mehr mit den Apologeten des Terrors bekun-

det wie in den »Bleiernen Jahren«, aber immer noch »im Zweifel links« ist. Ihre Haltung hat erst dazu beigetragen, die Folgen von ’68 zu verstetigen.

Auch deshalb ist die Frage nach den Konsequenzen in Westdeutschland besonders dringlich, denn die eingangs geschilderte Tendenz zur Verharmlosung oder Umdeutung hindert daran, fatale Zusammenhänge zu erkennen und notwendige Korrekturen zu vollziehen. Im folgenden seien die Umrisse einer solchen Bilanz wenigstens angedeutet:

1. Die im allgemeinen positive Einschätzung von ’68 erklärt sich vor allem aus der Weigerung, die Frage nach den Opfern zu stellen. Damit sind noch nicht die des Terrorismus gemeint, obwohl die lange übliche Neigung, die Achtundsechziger von jeder Mitverantwortung freizusprechen, mittlerweile erledigt ist.[91] Gemeint sind aber jedenfalls die, die unter dem Druck der studentischen Aktionen physisch und psychisch zusammenbrachen. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein, aber es gibt auch bekannte Fälle: neben Adorno[92], dessen Tod immerhin ein gewisses Bedauern bei den Akteuren auslöste, wären auch der Hamburger Theologe Hans Wenke,[93] der Soziologe Hanno Kesting[94] sowie der Historiker Friedrich Zipfel (s. Anhang) zu nennen. Des weiteren muß auf alle die verwiesen werden, die durch die Teilnahme an der Revolte die Lebensorientierung verloren und in seelische Erkrankung, Sektenabhängigkeit, Drogenkonsum oder Kriminalität abglitten.[95]

2. Es ist damit schon auf einen zweiten, den Aspekt der gesellschaftlichen Beschädigung hingewiesen. Der Sachverhalt wird noch gründlicher verdrängt als der der individuellen. So findet sich in der Literatur praktisch kein Hinweis darauf, daß die Kriminalität nach 1968 dramatisch anstieg[96]. Man könnte flankierend, um den Grad des Zerfalls noch deutlicher zu machen, auf die wachsende Zahl der Abtreibungen und Ehescheidungen, aber auch auf die Kriegsdienstverweigerungen und die Kirchenaustritte hinweisen. Antje Vollmer – auch eine »Dabeigewesene« – hat darauf hingewiesen, daß es der Linken tatsächlich um die »Abschaffung aller überkommenen Moralvorstellungen und aller Tabus«[97] gegangen sei. Die Verheißung, der »Sozialismus« werde an die Stelle der alten Moral eine neue und an die Stelle der zerstörten Gemeinschaft eine andere, bessere stellen, war nicht zu erfüllen, und die Neigung von Achtundsechzigern in Amt und Würden (Joseph »Joschka« Fischer, Otto Schily) zu besonders drastischem Durchgriff in den von ihnen kontrollierten Machtbereichen, wirkte keineswegs kompensierend. Das hat seine Ursache im prinzipiell gestörten Verhältnis zum Institutionellen. Der »Marsch durch die Institutionen« ist den Einrichtungen von Hochschule, Schule, Verwaltung, Armee, Diplomatie oder Kirche nicht gut bekommen. Stil- und Niveauverlust mag man als Äußerlichkeiten betrachten, faktisch sind die Institutionen in ihrem Kern getroffen worden, man hat sie ihrem Wesen entfremdet, als Pfründen behandelt und jedenfalls keinen Begriff von einem Ethos des Dienens. Röhl sprach nach später Bekehrung von der systematischen Schwächung der »Abwehrkräfte«[98] des Gemeinwesens durch Seinesgleichen, so als habe man

bewußt einen Virus in einen Organismus gebracht, um diesen erkranken und dann sterben zu lassen.
3. Das möchte niemand hören, der an der Vorstellung von einem einzigen großen Happening festhalten will. Die Betonung der Affinität von ’68 und den Erscheinungen der Popkultur führt aber dazu, die massive ideologische Prägung der Achtundsechziger durch einen spezifischen »Linksradikalismus« zu übersehen, den sie ausdrücklich und früh als Variante des »Kommunismus« begriffen[99]. Nach einer Moskaureise des SDS kam Dutschke 1965, trotz der Defizite des sowjetischen Systems zu der Auffassung: »Aber warum lieben, nein, verehren wir dennoch die Oktoberrevolution? Die Bourgeoisie hat 1917 eins auf die Fresse bekommen, wer von uns konnte sich darüber nicht freuen?«[100] Der Einfluß des Neomarxismus war in der Weltanschauung der Neuen Linken immer nur ein Element und die Berufung auf Lenin, Luxemburg, Trotzki und Mao kein Dekor, sondern bitter ernst, insofern diese eben nicht nur »kritisch«, sondern auch »politisch« waren, das heißt Taktiken lehrten, wie man in den Besitz der Macht kommen könnte. Für die Radikalen war – ganz unabhängig von den Maßnahmen des Staates und von Anfang an – Gewaltanwendung letztlich immer nur »eine Frage der Taktik«[101].
4. Wenn diese Revolution eine »angelesene« war, wie Grass frühzeitig und zu recht vermutet hat,[102] dann erklärt das nicht nur ihr Scheitern im Sinne gewaltsamer Machtergreifung, sondern auch ihre kurz-, mittel- und langfristige Wirkung auf die Kollektivseele. Schon vor 1968 begann sich unter den Studenten eine dramatische Linksverschiebung bemerkbar zu machen. Bei einer – etwas dilettantischen, aber aufschlußreichen – Erhebung politischer Präferenzen sprachen sich zwischen 1965 und 1967 insgesamt 12 Prozent der Göttinger Studenten für ein System nach sowjetischem Muster und weitere 41 Prozent für eine nicht näher definierte sozialistische Ordnung aus[103]. Es wäre falsch, das nur als Beleg für jugendlichen Extremismus zu betrachten. Faktisch wirkten die Studenten als Vorhut, denn obwohl die Masse der Bevölkerung ihnen nie vorbehaltlos folgte und grundsätzlich weiter rechts stehen blieb, verschoben sich die Parameter allmählich[104]. Während der Hochphase des Terrorismus erklärten bei einer Umfrage immerhin 15 Prozent der Befragten aus allen Schichten, daß sie einem von der Polizei Gesuchten Unterschlupf gewähren würden[105].
5. Selbstverständlich haben solche ideologischen Verirrungen nicht überdauert. Diskreditiert wurden alle im engeren Sinn utopischen Vorstellungen, zu denen auch Entwürfe einer Rätedemokratie oder einer vollständigen Enteignung der »Kapitalisten« gehörten. Erhalten blieb aber ein ausgeprägter Egalitarismus, die prinzipielle Verdächtigung des Wohlgeratenen, Exzellenten, die Legitimierung des Neides und ein durchgehender Widerwille gegen das Leistungsprinzip. Dem konfrontiert man bis heute das »Soziale«, das zur Rechtfertigung aller möglichen Maßnahmen herhalten muß, was neben der Wirtschaft vor allem Auswirkungen auf die Pädagogik hat, eines der liebsten Betätigungsfelder der Neuen Linken,

die in den Erziehungswissenschaften und unter den Vertretern erziehender Berufe ihre stabilste Anhängerschaft besaß und besitzt. Der desaströse Zustand des Schul- und Hochschulwesens erklärt sich ganz wesentlich aus diesem Zusammenhang.

6. Auf den ersten Blick ist das Verlangen nach Gleichheit mit einem ausgeprägten Individualismus unvereinbar, aber im vorliegenden Fall gehen sie zusammen, weil sie sich ergänzen. Denn »Selbstverwirklichung« war nach Meinung der Achtundsechziger immer nur in eine Richtung gestattet: sie mußte der Auflösung von Bindung, Haltung, Ordnung, das heißt von Ungleichheit, dienen. Daher die massive Nachwirkung der subkulturellen Neigung zu den Abweichlern, Außenseitern, Bohèmiens und Desperadonaturen, fallweise zu den Kriminellen. Das eigenartige Milieu, das sich etwa zu Beginn der siebziger Jahre in Heidelberg aus linken Extremisten, jugendlichen Gewalttätern, Kleinkriminellen, Huren und Psychopathen gebildet hatte, erscheint heute kaum noch faßbar, war aber in vieler Hinsicht symptomatisch.

7. Die Verklärung des »Unangepaßten« kaschierte nie ganz den neuen Konformismus, einen Korpsgeist der Achtundsechziger, der sie als Mitglieder der zukünftigen Elite auswies. Der hochentwickelte Erwähltheitsanspruch der Achtundsechziger hat Beobachter früh dazu bewogen, die Revolte nicht nur als Teil eines Generationenkonflikts zu deuten, sondern auch als Aufleben uralter chiliastischer Strömungen; der Soziologe Erwin K. Scheuch sprach von »Wiedertäufern der Wohlstandsgesellschaft«[106]. Die hatten gegen diese Identifikation im Grunde nichts einzuwenden, denn sie wußten, daß Bloch solche und andere schwärmerische Bewegungen ausdrücklich in die Vorgeschichte der kommenden Revolution einordnete. Zu den wesentlichen Elementen des Chiliasmus gehört die Naherwartung einer »Neuen Welt« mit einem »Neuen Menschen«; häufig begleitet vom Umschlagen der ursprünglich pazifistischen Tendenz in Gewaltbereitschaft und einer kommunistisch-radikaldemokratischen Lehre in ein Konzept von »Erziehungsdiktatur«,[107] wenn sich die Parusie nicht erfüllt.

8. Der Entwurf einer »Neuen Welt« und eines »Neuen Menschen« hängt wesentlich mit zwei ideologischen Faktoren zusammen, die in der Ideologie der Achtundsechziger eine entscheidende Rolle spielten: die progressistische Geschichtsphilosophie und das Anthropologieverbot. Die Geschichtsphilosophie speiste sich aus verschiedenen Quellen, von den Fortschrittskonzepten der Aufklärung über Hegel und Marx bis zu den optimistischen Entwürfen John Deweys, die auch für die amerikanische *Reeducation* maßgeblich waren. Das Anthropologieverbot hatte seine Ursache im anachronistischen Verständnis des Menschen als eines (fast) beliebig durch die gesellschaftlichen Umstände »sozialisierbaren« Wesens, das als »weißes Blatt« Papier zur Welt kommt und sich je nach Milieu entwickelt. Kennzeichnend waren die rabiate Abwehr jeder Annahme »natürlicher« Ungleichheit – der Individuen oder der Kollektive

– weiter die prinzipielle Verdächtigung anderslautender Forschungsergebnisse als intellektuelle Hilfestellung des »Konservatismus«[108] und die prinzipielle Kritik der Anthropologie als einer »theoretisch begründeten Blockierung emanzipatorischer Praxis«[109]. Die Folgen sind bis heute unabsehbar: vom »Rollen«-Verständnis der Geschlechter bis zum Einfluß der *gender studies*, von der Annahme, daß jede kulturelle Leitvorstellung »konstruiert« ist bis zur Auffassung von der unbegrenzten Vereinbarkeit differenter Kulturen auf engstem Raum.

9. Die Vordenker von ’68 haben falsches Bewußtsein produziert, und die Achtundsechziger haben sich zu Trägern dieses falschen Bewußtseins gemacht. Das hat die Wirkung so wenig behindert wie die Menge unlesbarer, schlecht geschriebener theoretischer Texte, deren analytischer und prognostischer Wert gegen Null ging. Die Wirklichkeitsverweigerung erklärt auch den doktrinären Grundzug dieser keinesfalls »undogmatischen« Linken, ihre Unduldsamkeit gegenüber abweichenden Anschauungen, die man leichthin für »faschistisch« erklärte und vom »Diskurs« ausschloß, gerade dann, wenn sie drohten, den linken »Verblendungszusammenhang« zu zerstören. Die Realitätsblindheit der Achtundsechziger erklärt schließlich, warum ausgerechnet sie alle Hindernisse für die Durchsetzung einer globalen Konsumgesellschaft beseitigten. Faktisch diente die von ihnen verantwortete Zerstörung der kulturellen Tradition als Agenten einer historischen Tendenz, die sie zu bekämpfen vorgaben. Mit den Worten eines anderen ihrer ehemaligen Protagonisten, Peter Sloterdijk: »Im Lichte der heute gemachten Erfahrungen bedeutet« die Durchsetzung der großen Emanzipation nichts anderes als »die Freigabe aller Dinge fürs Neu-Design und für den Verbrauch. Man hat mehr Demokratie gewagt, um mehr Konsum zu wagen. Alle Wege von 68 führen letzten Endes in den Supermarkt.«[110]

Die Revolutionsverlierer aller Zeiten suchten ihr Heil in trostspendenden Verschwörungstheorien: die Revolution von 1789 war dann das Ergebnis einer Verschwörung der Liberalen und der Freimaurer, die von 1917 eine der Linken und der Juden, die von 1933 eine der Reaktionäre und des Kapitals, und die von 1968 eine der Frankfurter Schule und der kommunistischen Söldlinge. Jede Verschwörungstheorie muß für ihre Glaubwürdigkeit einen gewissen Anhalt an der Wirklichkeit haben, sonst findet sie kein Gehör, aber sie ist nie geeignet, das Ganze zu erklären. Der Erfolg der Achtundsechziger ging weder auf eine Verschwörung noch auf einen Betriebsunfall der Geschichte zurück, sondern darauf, daß ihre Ideologie der »Zeit adäquat«[111] war. Die Gesellschaft sah sich seit langem einem Umformungsprozeß ausgesetzt, der die letzten Bestände der europäischen Überlieferung zersetzte und den die linke Kulturrevolution sicher nutzen konnte.

Mit dieser Feststellung wird die Notwendigkeit einer Gegenrevolution nicht bestritten, nur kann sie kein Zurück bedeuten, mehr noch: ein Zurück ist gar nicht wünschenswert.

Der Fall Zipfel und seine Folgen

Offener Brief an den Präsidenten der Freien Universität Berlin

Wie wenig die gegenwärtige „Ruhe“ an bestimmten Universitäten auf eine wirkliche und vom Hochschulrahmengesetz zweifellos beabsichtigte Konsolidierung zurückzuführen ist, zeigt auf bestürzende Weise ein „Offener Brief“, den Professor Ernst Nolte an den Präsidenten der FU, Professor Lämmert, gerichtet hat. Wir drucken den Brief leicht gekürzt. Die Red.

Herr Präsident!

Trotz meiner eindringlichen Warnungen hat der Akademische Senat in seiner Sitzung vom 5. Dezember 1979 einen Beschluß gefaßt, der die Verurteilung einer Studentin des Fachbereichs 13 zu einer Geldstrafe zum Anlaß nimmt, einem verstorbenen Kollegen implizit den Vorwurf zu machen, er habe „nach Belieben und ohne Bereitschaft zum Gespräch“ zu hochschulpolitischen Problemen Stellung bezogen und damit „eine unzumutbare Einschränkung studentischer Meinungs- und Kritikfreiheit“ vorgenommen. Dieser Beschluß beruht auf einer ganz groben Verzerrung des tatsächlichen Sachverhalts, und er bedeutet in der Praxis eine Rechtfertigung schwerster Vorlesungsstörungen.

Verbale Brutalismen

Im Wintersemester 1976/77 war der Fachbereich 13 Gegenstand einer umfassenden Nötigungsaktion, bei der die K-Gruppen eine führende Rolle spielten und die das Ziel hatte, den Fachbereichsrat zur Annahme von zehn „ultimativ“ vorgebrachten und zum großen Teil entweder rechtswidrigen oder unsinnigen Forderungen zu zwingen. Diese Forderungen wurden vom Fachbereichsrat mit überwältigender Mehrheit, aber unter Bekundung der Diskussionsbereitschaft hinsichtlich der immerhin diskutierbaren Punkte abgelehnt. Daraufhin wurde ein „aktiver Streik“ ausgerufen, der zuvor durch eine „Urabstimmung“ vorbereitet worden war.

Nahezu seit dem Beginn des Semesters war die „Rostlaube“ (Seminargebäude geisteswissenschaftlicher Fachbereich; die Red.) zur Szene einer fessellosen Agitation geworden, die schon bald unverkennbare Züge von Terror annahm. Hörsäle waren mit Tischen verstellt, und arbeitswillige Studenten wurden unter Androhung von Gewalt gehindert, sie zu betreten. Zwei Mitglieder des Präsidialamtes wurden angerempelt und verfolgt, auf Wandzeitungen wurde zu Gewalttätigkeiten gegen Angehörige des Lehrkörpers aufgerufen, auf Flugblättern wurde die „Zerschlagung des bürgerlichen Staates“ gefordert, in einer systematischen Hetzkampagne wurde behauptet, die Fachbereichsleitung wolle Studierende dem Staatsschutz namhaft machen; ein Brief von mir, der eine Richtigstellung enthielt, wurde mit einem wahren Lügenfeldzug beantwortet, der in der Veröffentlichung von Verlautbarungen mit meiner gefälschten Unterschrift gipfelte, und es war eine der harmloseren Erscheinungen, wenn es auf einer Wandzeitung vor Beginn des Semesters hieß, wie und worüber in einem Seminar diskutiert werde, hätten allein die Studenten zu bestimmen. Sie, Herr Präsident, müssen sich dieser Atmosphäre genau erinnern, denn eins der ersten Ereignisse Ihrer Amtstätigkeit bestand darin, daß Sie zusammen mit dem damaligen Senator Herrn Löffler für kurze Zeit durch das Gebäude hindurchgingen — unter starken Sicherheitsvorkehrungen.

Sie waren nicht besonders mutig, aber auch ich war als Vorsitzender des Fachbereichsrats des Fachbereichs 13 nicht besonders mutig. Ich wagte es nicht, meinen Kollegen zu empfehlen, sich mit allen Kräften gegen die illegale „Urabstimmung“ zu stellen, obwohl sie während der Lehrveranstaltungen vorgenommen wurde; ich nahm davon Abstand.

Herr *Zipfel* war mutig. Herrn Zipfels Vorlesung hatte den Titel „Terror und Widerstand im Dritten Reich“: Wenn er nicht ein bloß antiquarischer Geschichtsschreiber sein wollte, dann konnte er nicht blind und stumm an den Gegebenheiten dieses Gebäudes vorübergehen. In der Tat machte er einige Toilettenschmierereien, die den vorherrschenden Ungeist auf besonders symptomatische Weise zum Ausdruck brachten („Nolte wird liquidiert, Möller kastriert, Miethke entführt, und dann wird hier richtig studiert“ u. ä.), lediglich zum Ausgangspunkt, aber sein eigentlicher Gegenstand waren „der rote Flur da unten“ und die „primitive Freund-Feind-Gesinnung mit einem gefährlichen Schuß verbaler Brutalität“. Was er seinen Hörern einschärfen wollte, war die Maxime „Wehret den Anfängen“, und er wies ausdrücklich darauf hin, daß die Angehörigen der SA-Kolonnen, die zu Beginn der dreißiger Jahre mit antisemitischen Liedern durch die Städte und Dörfer zogen, es in ihrer großen Mehrheit entrüstet zurückgewiesen haben würden, wenn man ihnen gesagt hätte, der von ihnen gewollte Staat werde in zehn Jahren Massentötungen von Juden durchführen und die späteren Exekutoren befänden sich in ihren Reihen. Herr Zipfel setzte also keineswegs „die“ Studenten oder gar die Hörer seiner Vorlesung mit „NS-Terrortechnokraten“ gleich, sondern er verglich lediglich die Verfasser jener Wandzeitungen und Aufrufe unter dem Gesichtspunkt der Primitivität, Infantilität und Brutalität mit den frühen SA-Männern, von denen zweifellos ein großer Teil keine verbrecherischen Absichten hatte und aus denen sicherlich nur eine relativ geringe Zahl von KZ-Bewachungsmannschaften und -kommandanten hervorgegangen ist. Wie wenig sich Herrn Zipfels zahlreiche Hörer betroffen fühlten, geht schon aus der Tatsache hervor, daß niemand zu den legitimen und überlieferten Mitteln des Protestes griff, nämlich entweder den Raum zu verlassen oder zu zischen, sondern daß sie vielmehr zu einem großen Teil starken Beifall spendeten, weil Herr Zipfel ihnen offenbar aus dem Herzen gesprochen hatte.

Es waren eben ganz überwiegend *nicht* Hörer seiner Vorlesung, die Herrn Zipfel wenige Tage später, nach dem Beginn des „Streiks“, in dem Raum aufsuchten, wo er sein Hauptseminar abhalten wollte. Sie wollten auch nicht „diskutieren“. Zum Diskutieren hatten sie Gelegenheit genug. Noch am Abend vorher hatte zum Beispiel ich selbst mich in meinem Hauptseminar statt meinen fünfzehn Seminarteilnehmern einer Gruppe von über hundert Studenten gegenüber gesehen, die mit mir diskutieren wollten. Nachdem ich mich vergewissert hatte, daß die Seminarteilnehmer ausnahmslos mit einer Verlegung der Lehrveranstaltung auf einen anderen Zeitpunkt einverstanden waren, diskutierte ich anderthalb Stunden und versuchte dabei u. a. zu zeigen, weshalb über einen Teil der Forderungen *nicht* diskutiert werden könne, nämlich weil sie schlicht rechtswidrig seien oder aber eine Beeinträchtigung der Gewissensentscheidung der Dozenten darstellten. Eine große Diskussionsveranstaltung des Fachbereichs war angekündigt. Nein, diese Leute wollten nicht „diskutieren“, sondern sie wollten, wie es ihrer ganzen Mentalität entspricht, sich empören, anklagen, zur Rechenschaft ziehen, Tribunale imitieren, ihre Ideologie realisieren, und sie wollten vor allem diese Lehrveranstaltung ebenso verhindern, wie sie am gleichen Tage zahlreiche andere Lehrveranstaltungen verhinderten.

Mangelnder Rechtsschutz

Herr Zipfel unterwarf sich dieser neuen Art der Tyrannis nicht, sondern er forderte seine Hörer auf, mit ihm in sein Dienstzimmer zu kommen. Aber man verfolgte ihn auch in sein Dienstzimmer, man drängte sich herein, man brüllte ihn (und auch mich, nachdem ich eingetroffen war) an, und man räumte das Zimmer erst, als jemand — sicherlich keiner der arbeitswilligen Studenten — eine sog. Stinkbombe geworfen hatte.

So sah der Vorfall aus, der nach der Auffassung des Akademischen Senats eine „unzumutbare Einschränkung studentischer Meinungs- und Kritikfreiheit“ darstellte. Zwei Stunden später drang ein Teil derselben Leute in mein Dienstzimmer ein, beschimpfte mich als Agenten des bürgerlichen Staates und

Fortsetzung auf der folgenden Seite.

meine Hörer als „Streikbrecher“ und zwang mich nach einer Auseinandersetzung von einer halben Stunde, die Veranstaltung abzubrechen. Vertreter Ihres Präsidialamtes waren als unzweifelhaft empörte, aber ohnmächtige Zuschauer anwesend.

Zwei Tage darauf leitete ich gegen drei der allerschlimmsten Aktivisten ein Ordnungsverfahren ein. Die jetzt zu Geldstrafe verurteilte Frau H. Sch., die an dem Vorfall im Zimmer von Herrn Zipfel und auch an weiteren Störungen der nächsten Tage beteiligt war, befand sich *nicht* darunter, weil ich der Meinung war, daß sie nicht zu den „allerschlimmsten“ gehörte. Bekanntlich zog die Staatsanwaltschaft, nachdem sie durch Pressemeldungen von den Ereignissen Kenntnis erhalten hatte, die Dinge pflichtgemäß an sich, und es kam zu Untersuchungen und Prozessen.

Der Prozeß um die Vorgänge in der Lehrveranstaltung von Herrn Zipfel war einer der ersten. Im Januar 1978 sprach ein Schöffengericht des Amtsgerichts Tiergarten die Angeklagten mit der Begründung frei, der Handlungszweck, nämlich die Herbeiführung einer Diskussion über studentische Forderungen mit Dozenten, könne nicht als verwerflich beurteilt werden, zumal Herr Zipfel in seiner Vorlesung auf Parallelen zwischen der NS-Zeit und der heutigen hingewiesen und dadurch den Zorn der Studenten hervorgerufen habe.

Das Urteil sanktionierte also unter bestimmten Bedingungen die „Umfunktionierung“ von Lehrveranstaltungen, es isolierte den Fall von dem Kontext, es erörterte den Inhalt, d. h. die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Forderungen nicht, es unterstellte, daß Herr Zipfel jene Parallelen ohne genügenden Grund gezogen hatte, und es ließ sich von der Vermutung leiten, daß Herr Zipfel sich einem Gespräch mit den Hörern seiner Vorlesung entzogen haben würde. Das Kammergericht als Revisionsinstanz stellte dagegen folgendes fest: „Die Warnung des Hochschullehrers vor den Entwicklungsmöglichkeiten des Extremismus der Gegenwart war so offensichtlich berechtigt, daß jeder Versuch, mit Gewalt einen Abbruch einer seiner Lehrveranstaltungen zu erzwingen, um Prof. Dr. Zipfel deswegen zur Rede zu stellen, ohne weiteres verwerflich im Sinne des § 240 Abs. 2 StGB ist“, und es bezeichnete andere wesentliche Teile des voraufgegangenen Urteils als „völlig abwegig“ und „rechtlich unhaltbar“.

Herr Zipfel hat die Entscheidung des Schöffengerichts jedenfalls von vornherein als „abwegig“ und „unhaltbar“, ja als schlechthin unfaßlich empfunden. Ich kann bezeugen, wie außerordentlich tief schon die Vorgänge als solche und dann ganz besonders dieses Urteil ihn getroffen haben. Nach der Aussage seiner Umgebung und seiner Gattin hatte er alle Zuversicht und allen Lebensmut verloren, weil er den Eindruck hatte, die deutsche Universität sei nunmehr zum zweitenmal in seiner Lebenszeit von einer Form des politischen Fanatismus in ihrem innersten Kern angegriffen und von der Justiz nicht geschützt worden. Eine Viertelstunde, bevor er zum ersten Mal nach dem Bekanntwerden des Urteils seinen Studenten als ein Mann hätte entgegentreten müssen, der unrecht bekommen hatte, obwohl er überzeugt war, vollkommen im Recht zu sein, erlitt er — ein Schwerkriegsbeschädigter — in seinem Dienstzimmer einen Herzinfarkt und starb nach wenigen Tagen.

Unterdrückte Diskussion

Ich habe dem Akademischen Senat diese Vorgeschichte ausführlich dargestellt. Ich habe meine persönliche Überzeugung nicht verschwiegen, daß der besagte Vorfall und insbesondere das Urteil eine wesentliche Mitursache von Herrn Zipfels Tod gewesen sind. Trotzdem hat der Akademische Senat einstimmig — die Mitglieder der Liberalen Aktion weigerten sich, an der Abstimmung teilzunehmen — jenen Vorgang als einen Fall der Beeinträchtigung von Diskussionsfreiheit gekennzeichnet und zugleich die Revisionsgründe des Kammergerichts und das daraus abgeleitete neue Urteil des Landgerichts getadelt.

Ich versage es mir, diese Stellungnahme des Akademischen Senats näher zu charakterisieren. Ich verzichte auf eine Äußerung zu Ihrem Verhalten in der Sitzung, in der Sie mir das Wort zu entziehen drohten, als ich von dem „nicht zufälligen Tode“ unseres Kollegen sprach.

Ich erkläre Ihnen aber abschließend folgendes: In einer Einrichtung wie derjenigen, an der wir tätig sind, einer Einrichtung, über die periodisch (wie das Landgericht in seiner ersten Entscheidung sagt) „Streikwellen“ hinweggehen und die nach dem Willen starker Kräfte immer von neuem in ein Forum politischer Agitation verwandelt werden soll, müssen die Dozenten und die arbeitswilligen Studenten zum mindesten bestimmte Räume als Refugien haben. Diese Räume sollten nach meiner Auffassung die Dienstzimmer sein. Ich habe im Dezember 1976 gezögert, bevor ich ein Ordnungsverfahren gegen drei Studenten einleitete. Ich werde in Zukunft nicht mehr zögern, und ich bin entschlossen, jede Person, die gegen meinen Willen mein Dienstzimmer betritt und sich trotz mehrfacher nachdrücklicher Aufforderung nicht daraus entfernt, unverzüglich zur Anzeige zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
gez. Ernst Nolte

Anmerkungen

1 Vgl. Henning Ritter: Unbeteiligt. Hans Magnus Enzensberger im Schlafrock der Geschichte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27. September 2007.
2 Vgl. »Waren eh die reinen Lamperln« – Interview mit Eric Hobsbawm, in: *Der Standard* vom 22. Januar 2008.
3 *Hör Zu* vom 5. Oktober 2007, S. 50, Kommentar zur Ausstrahlung in der ARD am 15. Oktober, 0.15 Uhr: »Haushälterin Katharina wird, weil sie sich für eine Nacht mit einem Verdächtigen einließ, von Polizei und Medien als Terroristin gehetzt. – Fesselnde Attacke auf den Boulevardjournalismus.«
4 Vgl. immerhin Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; sehr knapp dies.: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001.
5 Jürgen Habermas: Einleitung, in ders. (Hrsg.): Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, 1. Bd, Frankfurt a. M. 1979, S. 7–35, hier S. 8.
6 Ludolf Herrmann: Hitler, Bonn und die Wende, in: *Die politische Meinung* 28 (1983) 209, S. 13–28, hier S. 17.
7 »Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht« – Interview mit Jürgen Habermas, in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. März 1980.
8 Hausmitteilung – Betr.: Serie 68er, in: *Der Spiegel* vom 4. April 1988, S. 3.
9 Zit. nach dem Abdruck der Rede in: *Die Welt* vom 14. Dezember 1991.
10 Mathias Döpfner: Sieg der Achtundsechziger, in: *Die Welt* vom 28. August 1998.
11 Vgl. vor allem Martin Klimke und Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart 2007; in einem gewissen Maß auch Rudolf Sievers: 1968. Eine Enzyklopädie, Frankfurt a. M. 2005. Außerdem Thomas P. Becker und Ute Schröder: Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer, Chronik, Bibliographie, Köln 2000.
12 Michael Kimmel: Studentenbewegungen der 60er Jahre. Frankreich, BRD und USA im Vergleich, Wien 1998; Gerd-Rainer Horn: The spirit of ’68. Rebellion in Western Europe and North America 1956–1976, Oxford 2007.
13 Etwa Heinz Bude: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt a. M. [2]1995.
14 Eigentlich beginnt die kritische Aufarbeitung schon mit Gerd Koenen: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao, Castro. Sozialistischer Personenkult und seine Sänger, von Gorki bis Brecht – von Aragon bis Neruda, Frankfurt a. M. 1987; [2]1992; von entscheidender Bedeutung sind aber ders.: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturevolution 1967–1977, Köln 2001, zuletzt Frankfurt a. M. [4]2007; sowie ders.: Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003, [4]2004.
15 Wolfgang Kraushaar: Die Protestchronik, 4 Bde, Hamburg 1996; ders. (Hrsg.): Linksintellektueller Aufbruch zwischen »Kulturrevolution« und »Kultureller Zerstörung«. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposions, Köln 1998; ders.: Fischer in Frankfurt. Karriere eines Außenseiters, Hamburg 2001; ders. mit Karin Wieland und Jan Philipp Reemtsma: Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF, Hamburg 2005; ders. (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bde, Hamburg 2006.
16 Koenen, Jahrzehnt, 2001, S. 67.
17 Daniel Cohn-Bendit: Vorwort zur französischen Ausgabe, in ders.: Wir haben sie so geliebt, die Revolution, Frankfurt a. M. 1987, S. 7–12, hier S. 8.
18 *Der Monat* 14 (1961) 159, S. 48–50, hier S. 50.
19 Eine zeitgenössische Selbsteinschätzung der amerikanischen Radikalen, zit. nach Jeffrey Herf: Kriegsgegner wurden zu Gewaltpredigern, in: *Welt am Sonntag* vom 6. Januar 2008.
20 Zum Hintergrund vgl. Ekkehard Hieronimus: Lebensreform- und Emanzipationsbewegungen (das »Alternative«), in: Armin Mohler (Hrsg.): Kursbuch der Weltanschauungen, *Schriften der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung*, Bd 4, Frankfurt a. M., Berlin und Wien 1980, S. 350–398, hier S. 352–354.
21 Zit. nach Walter Hasenclever: Zornig – aber nicht jung, in: *Der Monat* 11 (1958) 121, S. 74–78, hier S. 76.
22 Vgl. dazu und zum folgenden Sergius Golowin: Das Zeitlose in der Industrie-Gesellschaft. Von neuen Jugendbewegungen 1966–1974, in: Jugend in der Gesellschaft – Ein Symposion, München 1975, S. 179–202, bes. S. 179–181.
23 Michael Landmann: Entfremdende Vernunft, Stuttgart 1975, S. 40.
24 Überblicksweise Darstellung bei Kevin Mattson: Intellectuals in action. The origins of the New Left and radical liberalism 1945–1970, University Park, Pennsylvania 2002.
25 Einen guten Überblick vermittelt Ingo Juchler: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und

der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre, *Beiträge zur politischen Wissenschaft*, Bd 88, Berlin 1996.
26 Die Zitate aus dem Statement nach Andreas von Weiss: Die Neue Linke. Kritische Analyse, Boppard 1969, S. 76f.
27 Herbert Marcuse: Psychoanalyse und Politik, Frankfurt a. M. und Wien 1968, S. 48.
28 Caspar von Schrenck-Notzing: Die Zukunftsmacher. Die neue Linke in Deutschland und ihre Herkunft, Stuttgart 1968, S. 212.
29 Weiss, Linke, S. 67.
30 Der seltsame Name erklärte sich durch ein Manifest mit dem Titel »You don't need a Weatherman to know which way the wind blows«, das der *National Council* des SDS im Frühjahr 1969 diskutiert hatte und das zur Bildung des *Revolutionary Youth Movement* führte, aus dem die terroristische *Weather Underground Organization* hervorging. Vgl. neuerdings die zusammenfassende Darstellung von Jeremy Varon: Bringing the war home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and revolutionary violence in the sixties and seventies, Berkeley 2004.
31 Richard John Neuhaus: Der vollkommene Revolutionär, in ders. und Peter L. Berger: Protestbewegung und Revolution oder Die Verantwortung der Radikalen, Frankfurt a. M. 1971, S. 93–256, hier S. 123. Die These ging auf den Politologen Arnold Kaufman zurück.
32 Johannes Groß: Die Misere der öffentlichen Gefühle, in ders., [Willy] Linder und [Horst] Nachtigall: Solidarität mit unserer Zukunft, Köln o. J. [1982], S. 13–50, hier S. 44.
33 Cohn-Bendit, Revolution, S. 24.
34 Rainer Bieling: Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach, Berlin 1988, S. 24.
35 Vgl. »Simon«: Do you know your medium, Ka-De?, in: *Der Monat* 20 (1968) 239, S. 125–128, hier S. 126.
36 Der Begriff geht möglicherweise zurück auf eine Wendung in einem Zeitungsbeitrag des CSU-Abgeordneten Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg vom 18. August 1966, in dem er vor dem Einfluß linker Studentenorganisationen warnte, vgl. Hans-Adolf Jacobsen und Hans Dollinger (Hrsg.): Die deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme, München 1969, S. 33.
37 Vgl. Helmut Klages: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt a. M. 1984; sowie Andreas Rödder: Alte Werte? – Neue Werte, Göttingen 2008.
38 Rudolf Krämer-Badoni: Vorsicht, gute Menschen von links. Aufsätze und Essays, Gütersloh 1962, S. 9.
39 Zit. nach Werner Ross: Mit der linken Hand geschrieben … Der deutsche Literaturbetrieb, *Texte + Thesen,* Bd 170, Osnabrück 1984, S. 45f.
40 Vgl. Clemens Albrecht (Hrsg.): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt a. M. [2]2000 sowie ders.: »Das Allerwichtigste ist, daß man die Jugend für sich gewinnt.« Die Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, *Schriftenreihe der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung*, H. 3, München 2002.
41 Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung, München [3]1991, S. 597.
42 Zit. nach der Textfassung zu Folge 2 der WDR-Dokumentation »Was war links?« von Andreas Christoph Schmidt unter www.waswarlinks/folge2/kommentar2.html.
43 Herbert Marcuse: Repressive Toleranz, in Robert Paul Wolff, Barrington Moore und ders.: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt a. M. [2]1967, S. 91–128, hier S. 127.
44 Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Köln 1957, S. 497. Es sei allerdings hinzugefügt, daß Schelsky nicht mit der Entstehung politischer »Bewegungen« rechnete.
45 Selbsteinschätzung von »Kade« Wolff, zit. nach Olaf Ihlau: Blick zurück mit abgeklärtem Blick, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 31. März 1988.
46 Vgl. Koenen, Jahrzehnt, 2001, S. 18.
47 Konrad Adam: Zwischen »Bruch« und »Erfüllung«. Über die Wurzeln der Studentenunruhen in der Nachkriegszeit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Oktober 1984.
48 Gerd Langguth: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1976, Köln 1976, S. 43.
49 Eine überblicksartige Darstellung – aus SPD-konformer Sicht – bei Willy Albrecht: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd 35, Bonn 1994.
50 Jens Hager (Hrsg.): Die Rebellen von Berlin. Studentenpolitik an der Freien Universität, Köln und Berlin [2]1967, S. 51.
51 Wolfgang Lefèvre und Walter Weller: Zur Geschichte der Berliner Studentenbewegung, in Stephan Leibfried (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967, S. 205–217, hier S. 214.
52 Zit. nach Hans Manfred Bock: Geschichte des »linken Radikalismus« in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 195.

53 Vgl. aus linker Perspektive Hager, Rebellen, S. 65-71.
54 Erdmann Linde: Eine bewegte Geschichte, in: *Der Monat* 21 (1969) 246, S. 26–33, hier S. 33.
55 Vgl. die Resolution des SDS-Berlin vom 7. Januar 1967, zit. in Jens Hager: Die Rebellen von Berlin. Studentenpolitik an der Freien Universität, Köln und Berlin [2]1967, S. 50.
56 Vgl. Jacobsen und Dollinger, S. 34.
57 Klaus-Rainer Röhl: Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974, S. 254, 256f.
58 Bernd Rabehl: Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre und ders.: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, *rororo aktuell*, Bd 1043, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 151–178, hier S. 173.
59 Vgl. »Bommi« Baumann: Wie alles anfing, Frankfurt a. M. 1977, S. 46.
60 Zit. nach Schrenck-Notzing, Zukunftsmacher, S. 231.
61 Zit. nach Wilhelm Bittorf: »Wir schrien unsere Wut heraus«, in *Spiegel Spezial* – Die wilden 68er, Hamburg 1988, S. 18–28, hier S. 18.
62 Zit. nach Koenen, Jahrzehnt, 2001, S. 49, 56.
63 Rabehl, Bewegung, hier S. 173.
64 Koenen, Jahrzehnt, S. 99.
65 Zit. Nach Gerd Koenen: Die Putztruppe – ein Abc der Gewalt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Januar 2001.
66 Rudi Dutschke: Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in Bergmann et al., Rebellion, S. 33–93, hier S. 87.
67 Peter Weiß: Che Guevara!, in Ernesto Che Guevara: Partisanenkrieg – eine Methode. Mensch und Sozialismus auf Cuba. Zwei Studien, *trikont aktuell*, H. 2, o. S. [Blatt 1]. Der Text war zuerst als Nachruf in der schwedischen Zeitung *Dagens Nyheter* erschienen.
68 So die Äußerung des Frankfurter SDS-Führers Tilman Fichter nach Erinnerung eines ehemaligen Aktivisten, zit. nach Jürgen Busche: Unsere Anführer haben uns nicht erklärt, warum wir diese Form der Bewegung wollten. Ehemalige SDS-Mitglieder diskutieren in Berlin über die APO von 1968, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juni 1985.
69 Zit. nach Busche, Anführer.
70 Vgl. Jürgen Habermas: Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a. M. 1969, S. 35.
71 Zit. nach Karl Markus Michel: Wer wann warum politisch wird – und wozu, in: *Kursbuch* 25, Oktober 1971, S. 1–36, hier S. 3, 5.
72 So die Schilderung bei Melvin J. Lasky: Revolutions-Tagebuch, in: *Der Monat* 20 (1968) 239, S. 22–31, hier S. 22f.
73 Flugblatt des SDS Mainz, abgedruckt Barbara Brunotte: Rebellion im Wort. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation. Flugblatt und Flugschrift als Ausdruck jüngster Studentenunruhen, *Jugend- und Pädagogische Probleme*, Bd 15, Frankfurt a. M. 1973, Anhang, Nr. 43
74 Vgl. den Abdruck der Rede Scheels in Irmgard Wilharm: Deutsche Geschichte 1962–1983. Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt a. M. 1985, S. 179–195, hier S. 185.
75 Vgl. Karl Heinz Janssen: Der große Kampf, Die Revolution der ’68er (II), in: *ZeitMagazin* vom 12. Juni 1992, S. 22–31, hier S. 23.
76 Vgl. Koenen, Jahrzehnt, S. 37.
77 Zit. nach Wilharm, Geschichte, S. 179.
78 Vgl. Max Streibl: Die studentische Links-Opposition, in Hans Julius Schoeps und Christoph Dannenmann (Hrsg.): Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus, München 1968, S. 170–176, hier S. 175.
79 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Unsere unterwanderten Jahre, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. April 1998.
80 Vgl. Hubertus Knabe: Hetzer, Fälscher, Meinungsmacher. Die Anti-Springer-Kampagne: Wie SED und MfS die West-Berliner Studentenbewegung manipulierten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. März 2001; grundsätzlich ders.: Der lange Arm der SED. Einflussnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 17. September 1999, S. 11–17, sowie ders.: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S. 182–233.
81 Peter Schneider: Die Phantasie im Spätkapitalismus und die Kulturrevolution, in: *Kursbuch* 16, 1969, S. 1–37, hier S. 36.
82 »Das Sozialistische Büro – worum geht es?« Aus der Gründungserklärung des Sozialistischen Büros, April ’69, zit. nach Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen – Strategien – Modelle, Frankfurt a. M. 1973, S. 12f., hier S. 12.
83 Rote Armee Fraktion: Das Konzept Stadtguerilla [April 1971], in: Die alte Straßenverkehrsordnung. Doku-

mente der RAF, Berlin 1986, S. 21–45, hier S. 23.
84 Zit. nach Bock, Geschichte, S. 260.
85 Vgl. Werner Olles: Zur Rechten Gottes. Studentenbewegung, Rote Garden, Stadtguerilla – eine späte Abrechnung, in Claus-M. Wolfschlag (Hrsg.): Bye-Bye '68 … Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten, Graz und Stuttgart 1998, S. 10–28, hier S. 13.
86 Vgl. Ihlau, Blick.
87 Sgraffito an der Pariser Kunsthochschule im Mai '68, der mit den Worten begann: »Die bürgerliche Revolution war eine juristische. Die proletarische Revolution war eine ökonomische.«; zit. nach Emil-Maria Claassen und Louis-Ferdinand Peters: Rebellion in Frankreich. Die Manifestation der europäischen Kulturrevolution 1968, München 1968, S. 118.
88 Zit. nach Hans E. Tütsch: Frankreichs Staatskrise von 1968, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. Mai 1998.
89 Jürgen Busche: Später Sieg des SDS?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Juni 1985.
90 Begriff für die durchaus typische Situation in Göttingen bei Stefan Dietrich: In Göttingen bläst die »Autonome Antifa« zum Angriff auf den Staat, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. August 1994.
91 Vgl. Gerd Langguth: Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke, München 2001.
92 Vgl. Monika Plessner: Miteinander reden heißt miteinander träumen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. September 1991.
93 Vgl. Helmut Thielicke: Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Bergisch Gladbach 1987, S. 485.
94 Vgl. Caspar von Schrenck-Notzing: Vorwort, in: Hanno Kesting: Öffentlichkeit und Propaganda, Bruchsal 1995, S. 5–8, hier S. 6.
95 Dieser Zusammenhang hat zwar in den Pressekontroversen über '68 während der siebziger Jahre eine wichtige Rolle gespielt, ist seitdem aber vollständig in den Hintergrund getreten; als Beispiel für eine »narrative« Aufarbeitung vgl. immerhin Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (Hrsg.): Studentenbewegung – Psychoszene – Bhagwan, *EZW-Information* Nr. 100/II 1987, oder die romanhafte Verarbeitung bei Sophie Dannenberg: Das bleiche Herz der Revolution, zuletzt Berlin 2006; in gewissem Sinn gehört auch Röhl, Kommunismus, in diesen Kontext.
96 Zur Entwicklung der – besonders aussagekräftigen – »Gesamtkriminalitätsziffer«, die seit 1967 kontinuierlich anstieg und dabei das in den fünfziger (etwa 3000 Straftaten pro 100 000 Einwohner) und frühen sechziger Jahren (knapp 4000 Straftaten pro 100 000 Einwohner) übliche Niveau schließlich – seit etwa 1980 – verdoppelte und auch dieses Maß noch überbot; heute werden etwa 8000 Straftaten pro 100 000 Einwohner begangen; vgl. dazu die Daten der »Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen« (GESIS) unter www.gesis.org/sozialindikatoren/daten/system_sozialer_indikatoren/keyindik/Sicherheit.pdf
97 Antje Vollmer: Hochmoralisch amoralisch, in: What's left? Prognosen zur Linken, Berlin 1993, S. 25–31, hier S. 30.
98 Klaus Rainer Röhl: Der lange Marsch in die Toskana, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Dezember 1993.
99 Vgl. Daniel Cohn-Bendit: Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, *rororo aktuell*, Bd 1156/1157, Reinbek bei Hamburg 1968.
100 Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979, hrsg. von Gretchen Dutschke, Köln 2003, S. 32 [Eintragung ohne Datum, 1965].
101 Zitat von Johannes Agnoli auf einem anonymen Berliner Flugblatt vom 2. November 1968; abgedruckt bei Brunotte, Rebellion, Nr. 20.
102 Günter Grass: Die angelesene Revolution, in: *Der Monat* 21 (1969) 246, S. 34–40.
103 Vgl. Werner Freytag: Wohin treibt die Jugend? Revolution oder Evolution, München 1968, S. 60.
104 Elisabeth Noelle: Der Linkstrend ist gestoppt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. November 2003.
105 Vgl. »Ein, zwei Jahre hatten die Terroristen mich am Haken« – Filmemacher Andres Veiel über die Faszination der RAF auf die junge Generation von einst und von heute, in: *Die Welt* vom 18. Februar 2007.
106 So der Titel des von ihm herausgegebenen Buches, Köln 1968.
107 Vgl. Andreas von Weiss: Schlagwörter der Neuen Linken. Die Agitation der Sozialrevolutionäre, München 1974, S. 188.
108 Vgl. Wolf Lepenies: Soziologische Anthropologie. Materialien, München 1971, S. 68f.
109 Wolf Lepenies und Helmut Nolte: Experimentelle Anthropologie und emanzipatorische Praxis. Überlegungen zu Marx und Freud, in dies.: Kritik der Anthropologie, München 1971, S. 9-76, hier S. 9.
110 »Die Freigabe aller Dinge« – Interview mit Peter Sloterdijk, in: *Focus* Nr. 31/2005, S. 51–54.
111 Alan Hooper: A Politics Adequate to the Age: the New left and the Long Sixties, in Geoff Andrews, Richard Cockett, ders. und Michel Williams (Hrsg.): New Left, New right and Beyond, London 1999, S. 7–25.



Institut für Staatspolitik
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda
www.staatspolitik.de
ISBN 978-3-939869-12-2